

REPORT

Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

IMK Report 137, April 2018

DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL BEWÄLTIGEN: DIE SCHLÜSSELROLLE DES ARBEITSMARKTES

Erik Türk, Florian Blank, Camille Logeay, Josef Wöss, Rudolf Zwiener*

AUF EINEN BLICK

Die deutsche Gesellschaft altert: Der demografische Wandel stellt die Gesellschaft vor erhebliche Herausforderungen. Dessen Folgen sind aber politisch gestaltbar. Dafür ist es notwendig, aus der Relation von jüngeren und älteren Menschen nicht unvermittelt auf die Verteilung der Lasten des demografischen Wandels zu schließen. Stattdessen muss das Verhältnis von wirtschaftlich aktiven Personen zu inaktiven, also von Erwerbstätigen zu Bezieherinnen und Beziehern von Arbeitslosengeld oder Renten in den Blick genommen werden. Anstelle der rein demografischen Relationen müssen ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse analysiert werden.

Klar erkennbar wird dabei, dass dem Arbeitsmarkt eine zentrale Rolle bei der Milderung der Folgen des demografischen Wandels zukommt. Potenziale für eine höhere Erwerbsbeteiligung sind vorhanden und sollten genutzt werden, d.h. Personengruppen mit geringerer durchschnittlicher Erwerbsbeteiligung wie Frauen, Ältere, Migrantinnen und Migranten sollten besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. Wird für Deutschland in den kommenden Jahrzehnten eine Arbeitsmarktentwicklung erreicht, die sich dem schwedischen Vorbild annähert, und wird die demografische Entwicklung entsprechend neueren Vorausberechnungen eintreten, ändern sich die ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse in einem überschaubaren Umfang, der gut bewältigt werden kann.

Videostatement

Rudolf Zwiener



Demografischer Wandel und Arbeitsmarkt
<https://youtu.be/FLH5B2olrxQ>

* Erik Türk und Josef Wöss:
Kammer für Arbeiter und Angestellte (AK Wien), Wien
Florian Blank:
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung
Camille Logeay:
Hochschule für Wirtschaft und Technik (HTW), Berlin
Rudolf Zwiener:
Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung
(IMK) der Hans-Böckler-Stiftung

INHALTSVERZEICHNIS

1	Auf einen Blick	10	Hohe Erwerbspotenziale vorhanden
2	Demografische Herausforderungen – eine Neubewertung	10	Ökonomische Abhängigkeitsquoten unter Zugrundelegung genauerer Daten
4	Alterung versus ökonomische Abhängigkeit – eine erste Annäherung auf Basis von Daten des Labour Force Survey (LFS)	12	Szenarien der zukünftigen Entwicklung
5	Die aktuelle Arbeitsmarktsituation in Deutschland	12	Standard-Szenario 2040/60 mit pessimistischer Bevölkerungsprognose
5	Erwerbstätigenquoten	14	High-Employment-Szenario mit pessimistischer Bevölkerungsprognose
8	Ausschließliche Minijobs (BA)	15	High-Employment-Szenario mit optimistischerer Bevölkerungsprognose
8	Weitere Gruppen von Erwerbstätigen mit nur geringer Erwerbseinbindung und geringem eigenen Einkommen	16	Fazit: Auf den Arbeitsmarkt kommt es an – bestehende Beschäftigungspotenziale nutzen
8	Erwerbslosenquoten und Unterbeschäftigung (LFS)	18	Literatur
9	Arbeitslose und Unterbeschäftigte im engeren Sinne		

DEMOGRAFISCHE HERAUSFORDERUNGEN - EINE NEUBEWERTUNG

Die Alterung der Bevölkerung ist in den meisten Teilen der Welt eine der großen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen, sowohl für die Sozialsysteme, den Arbeitsmarkt, die Wirtschaft als auch die Gesellschaft als Ganzes. Offensichtlich ist, dass Anpassungen auf vielen Ebenen erforderlich sind. Besondere Aufmerksamkeit findet die demografische Entwicklung, wenn es um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme geht. Aber auch in Debatten um Fachkräftemangel, Regionalentwicklung und vieles mehr spielt die Alterung der Gesellschaft eine zentrale Rolle.

Tatsächlich altert auch die deutsche Gesellschaft. Häufig werden aber aus dieser Tatsache voreilige Schlüsse gezogen – politische Handlungsempfehlungen, die in die Irre leiten, sind die Folge. Besonders deutlich wird das in der häufigen Gleichsetzung von rein demografischen mit ökonomischen Abhängigkeitsquoten.

Demografische Abhängigkeitsquoten setzen Altersgruppen zueinander ins Verhältnis. Sie eignen sich, um die Altersstruktur der Bevölkerung und die sich ändernde Relation zwischen Altersgruppen zu beschreiben. Wenig Aussagekraft hat diese Betrachtungsweise allerdings bezüglich wirtschaftlicher Abhängigkeitsrelationen. Sie beantwortet nicht die Frage, wie hoch die Lasten des demografischen Wandels künftig ausfallen werden und wer diese tragen wird.

Ökonomische Abhängigkeitsquoten stellen dagegen auf den ökonomischen Status von Personen ab. Sie setzen in der in diesem Report gewählten Variante Transferleistungsbezieher und -bezieherinnen und Erwerbstätige in Relation zueinander und liefern damit einen aussagekräftigen Indikator dafür, wie sich das Verhältnis von wirtschaftlich aktiven und

von ihnen abhängigen Personen aktuell darstellt und wie sich dieses vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – je nach zugrunde gelegtem Szenario – verschieben wird. Diese Betrachtungsweise führt dazu, dass der zentrale Hebel zur politischen Gestaltung der Auswirkungen des demografischen Wandels in den Vordergrund rückt: eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die auf eine möglichst gute Erwerbsintegration der Menschen im Erwerbsalter abzielt. Zur Eindämmung des tendenziellen Anstiegs ökonomischer Abhängigkeitsquoten muss es vor allem darum gehen, Arbeitskräftepotenziale zu identifizieren und auszuschöpfen. Eine Begrenzung der Analyse auf den Wandel rein demografischer Abhängigkeitsquoten – wie den Altenquotienten – blendet dagegen die zentrale Bedeutung des Ausmaßes der Erwerbsintegration für die Entwicklung realer Lastenrelationen aus.

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien (AK Wien) hat zur Versachlichung der Diskussion einen „Abhängigkeitsquoten-Rechner“ erstellt (Wöss und Türk 2011, Wöss und Türk 2014). Dieses Grafik- und Rechenprogramm, auf das unter anderem im analytischen Teil des EU-Weißbuchs zu den Renten Bezug genommen wird (EU-Kommission 2012, Kap 2.3), zielt darauf ab, die Bedeutung des ökonomischen Status der Menschen im Kontext der Alterung der Bevölkerung anschaulich zu machen und die Auswirkung verschiedener Arbeitsmarktszenarien insbesondere auf die künftige Entwicklung ökonomischer Abhängigkeitsrelationen zu berechnen.

Als ökonomisch abhängig werden dabei Bezieherinnen und Bezieher von öffentlichen Transferleistungen mit Lohn- bzw. Einkommensersatzfunktion (hier: Renten, Pensionen und Arbeitslosenunterstüt-

zung) eingestuft.¹ Durch die Berücksichtigung auch der Arbeitslosen wird dem ähnlichen Charakter von Arbeitslosengeld (I und II) und Renten als Lohnersatzleistungen Rechnung getragen. Dazu kommt, dass bei Gesamtbetrachtung von Rentnerinnen und Rentnern und Arbeitslosen wesentlich aussagekräftigere internationale Vergleiche angestellt werden können, weil etwa ältere Langzeitarbeitslose – von Land zu Land unterschiedlich – teils Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung und teils aus dem Rentensystem erhalten.

Zu den Erwerbstätigen sollten idealerweise nur Personen gerechnet werden, bei denen man davon ausgehen kann, dass deren Erwerbsintegration zumindest ein relevantes Ausmaß erreicht. Daher geht es in diesem Report darum, ob Personen durch ihre Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt bestreiten und durch ihre Steuern und Beiträge auch die Finanzierung der Sozialtransfers sichern können oder aber auf Einkommensersatzleistungen aus den sozialen Sicherungssystemen wegen Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit oder Alter angewiesen sind.²

Die Berechnungen mit dem Abhängigkeitsquoten-Rechner für die kommenden Jahrzehnte verdeutlichen, was beispielsweise schon im Demografie-Report der EU-Kommission (2008, S. 144, eigene Übersetzung) aufgezeigt wurde: „Die Anhebung der Erwerbstätigenquoten [...] ist die effektivste Strategie, mit der sich Länder auf die Alterung der Bevölkerung vorbereiten können“. Mehr und bessere Arbeitsplätze sind auf absehbare Zeit die beste Antwort, wenn es darum geht, die Relation zwischen der Zahl der Transferabhängigen wie Rentnerinnen und Rentnern, Arbeitslosen etc. und den Erwerbstätigen trotz deutlicher Verschiebung der Altersstruktur im Lot zu halten.

Im Folgenden wird dieses Rechenprogramm auf Deutschland angewendet. Grundlage der Berechnungen sind die Langfristprojektionen der Europäischen Kommission zum demografischen Wandel, die im Rahmen des Ageing Reports (EU-Kommissi-

on 2015) für den Zeitraum 2013 bis 2060 berechnet wurden.³ Der Ageing Report liefert wertvolle Informationen für eine europaweit vergleichende Darstellung der aktuellen Situation und der Abschätzungen von alterungsbedingten Ausgabenentwicklungen in den öffentlichen Systemen.⁴ Zu beachten ist allerdings, dass dort der Erwerbsstatus nach dem Labour Force Survey (LFS)⁵ abgegrenzt wird, was mit einer Überschätzung des Ausmaßes der Erwerbsintegration bei gleichzeitiger Unterschätzung der Zahl der auf Transferleistungen angewiesenen Personen einhergeht. Daher bedarf es Anpassungen für eine möglichst realistische Abschätzung ökonomischer Abhängigkeitsrelationen.

In diesem Report werden nach einer ersten Annäherung an den Zusammenhang von Alterung und ökonomischer Abhängigkeit auf Basis des LFS in einer detaillierten Analyse der Arbeitsmarktsituation in Deutschland auf Basis amtlicher Daten und Detailinformationen Ansätze für eine geeignetere Datenabgrenzung identifiziert und mögliche Potenziale für eine bessere Arbeitsmarktintegration insbesondere von Frauen, Älteren und Migrantinnen und Migranten ermittelt. Zwecks Herleitung möglichst aussagekräftiger ökonomischer Abhängigkeitsquoten werden im nächsten Schritt die Arbeitsmarktdaten angepasst bzw. genauer abgegrenzt und das Ausmaß der ökonomischen Abhängigkeitsquoten im Basisjahr 2013 berechnet.

Darauf folgend werden dann unterschiedliche Szenarien für die künftige Entwicklung erstellt: Zuerst ein „Standard-Szenario“ 2040/60 auf Basis der im Ageing Report 2015 getroffenen Annahmen zu den relevanten Entwicklungstrends, anschließend – orientiert an der Situation in Schweden – die Auswirkungen eines alternativen Arbeitsmarktszenarios. In einer weiteren Berechnung wird ein aktuelles, optimistischeres Demografie-Szenario zugrunde gelegt. Die Rechenergebnisse machen deutlich, dass mit einer Verbesserung der Erwerbsintegration bzw. mit einer entsprechend hohen Erwerbstätigenquo-

1 Auch Kinder, Jugendliche, Hausfrauen und -männer sind auf – vorrangig intrafamiliär fließende – Transfers angewiesen und der Gruppe der ökonomisch Abhängigen zuzuordnen. Die Einschränkung auf öffentliche Transferleistungen mit Lohn- bzw. Einkommensersatzfunktion erfolgt hier bewusst, weil der Fokus auf Transfers aus den sozialen Sicherungssystemen und auf die Auswirkungen des demografischen Wandels auf diese gerichtet wird. Im „Abhängigkeitsquoten-Rechner“ wird auch die Total Economic Dependency Ratio (TEDR), die die nicht erwerbstätige Bevölkerung insgesamt (also inkl. Kinder, Jugendliche, Hausfrauen und -männer etc.) in Relation zur erwerbstätigen Bevölkerung setzt, ermittelt. Im vorliegenden Beitrag bleibt diese Betrachtungsweise ausgeklammert, weil eine gleichzeitige Darstellung beider Konzepte eher verwirrend wäre und der Fokussierung auf Sozialsysteme entgegenwirken würde.

2 Wie sich in weiterer Folge zeigen wird, sind hierbei scharfe Grenzziehungen kaum möglich. Anhand geeigneter Kriterien lassen sich diese Gruppen aber größenordnungsmäßig gut abschätzen und sich so auch ein aussagekräftigeres Bild von realen Lastenrelationen vermitteln, das der bloßen Gegenüberstellung von Altersgruppen weit überlegen ist.

3 Der Ageing Report 2018 wird voraussichtlich im Mai 2018 veröffentlicht, die dort verwendeten aktualisierten Bevölkerungsprojektionen werden in Folge in einem Szenario (optimistischere Bevölkerungsprojektion) bereits berücksichtigt.

4 Leider nur ansatzweise berücksichtigt sind im EU Ageing Report Ausgaben bzw. Kosten, die außerhalb der öffentlichen Systeme anfallen. Das hat beispielsweise zur Folge, dass die in etlichen EU-Ländern vorgenommene strategische (Teil-) Verlagerung der Alterssicherung von den öffentlichen Systemen hin zu betrieblichen und privaten Vorsorgeformen dort nur als Kostenreduktion (im öffentlichen System) ihren Niederschlag findet. Außerhalb des Blickfeldes bleibt dabei, dass es sich dabei gesamtwirtschaftlich betrachtet im Wesentlichen um eine Kostenverschiebung handelt.

5 Der Labor Force Survey (LFS, europäische Arbeitskräfteerhebung: EU-AKE) ist ein europäischer Datensatz, der auf den Leitlinien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) beruht, um die gesamte Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (ab 15 und älter) in drei sich einander ausschließende Personengruppen zu untergliedern: in Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen (Eurostat 2018b,d).

te ein Gutteil des erwarteten Anstiegs der ökonomischen Abhängigkeitsquote und damit auch ein Gutteil der gesellschaftlichen Kosten des demografischen Wandels abgefangen werden kann. Abschließend werden im Fazit die sich daraus ergebenden Erkenntnisse und Implikationen für Deutschland zusammengefasst.

Dieser Report fokussiert somit auf die Fragen nach der möglichen Entwicklung ökonomischer Abhängigkeitsrelationen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und wie diese positiv beeinflusst werden kann. Weitere in diesem Zusammenhang wesentliche Aspekte, wie die Entwicklung der Einkommen, der Produktivität oder (vorgelagert) der Bildungsniveaus, die vor allem hinsichtlich der Höhe der zukünftig verfügbaren Verteilungsspielräume von großer Bedeutung sind, bleiben hier ausgeklammert.

ALTERUNG VERSUS ÖKONOMISCHE ABHÄNGIGKEIT - EINE ERSTE ANNÄHERUNG AUF BASIS VON DATEN DES LABOUR FORCE SURVEY (LFS)

Wenngleich der demografische Wandel in der längeren Frist durch Schwankungen der Fertilität und Migrationsbewegungen in erheblichem Ausmaß beeinflusst wird und daher Vorausberechnungen mit Unsicherheit behaftet sind (Pöttsch 2016), kann eines mit Sicherheit gesagt werden: Der Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung in Deutschland wird in den kommenden Jahrzehnten deutlich steigen. Das ergibt sich allein schon aus der aktuellen Altersstruktur der Bevölkerung. Die Kohorten der in den 1960er-Jahren geborenen „Baby-Boomer“ sind bei weitem stärker besetzt als die nachfolgenden Geburtsjahrgänge.

Die Bevölkerungsvorausschätzungen (euro-pop2013), die den Berechnungen des Ageing Reports 2015 zugrunde lagen (EU-Kommission 2014), sagten für Deutschland einen Anstieg des Anteils der ab 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung um 54% von 21% (2013) auf 32% (2060) und einen Anstieg des Altenquotienten (Anzahl der ab 65-Jährigen je 100 15- bis 64-Jährige) um 86% von 32% auf 59% voraus. Dieser deutliche Anstieg resultiert sowohl aus dem angenommenen starken Anstieg der Zahl der Älteren (34%), als auch aus dem angenommenen deutlichen Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (-28%).

Mittlerweile liegen aktualisierte Bevölkerungsprojektionen von Eurostat (2018a) vor, die nunmehr von einem geringeren Rückgang der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren ausgehen (bis 2060: -16%). Trotz eines gleichzeitig angenommenen stärkeren Anstiegs der Zahl der Älteren vermindert sich dadurch der Altenquotient im Vergleich zu euro-

pop2013 im Jahr 2040 von 56% auf 49% und im Jahr 2060 von 59% auf 55% (EU-Kommission 2017).

In Anbetracht einer derartigen Änderung der Altersstruktur der Bevölkerung stehen geeignete Antworten und Strategien auf die Herausforderung Demografie in der politischen Prioritätenliste weit oben. Wichtig ist dabei ein klarer Blick auf die Gestaltungsspielräume, die sich ergeben, wenn demografische Verschiebungen in Beziehung zu arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen gesetzt und nicht isoliert betrachtet werden.

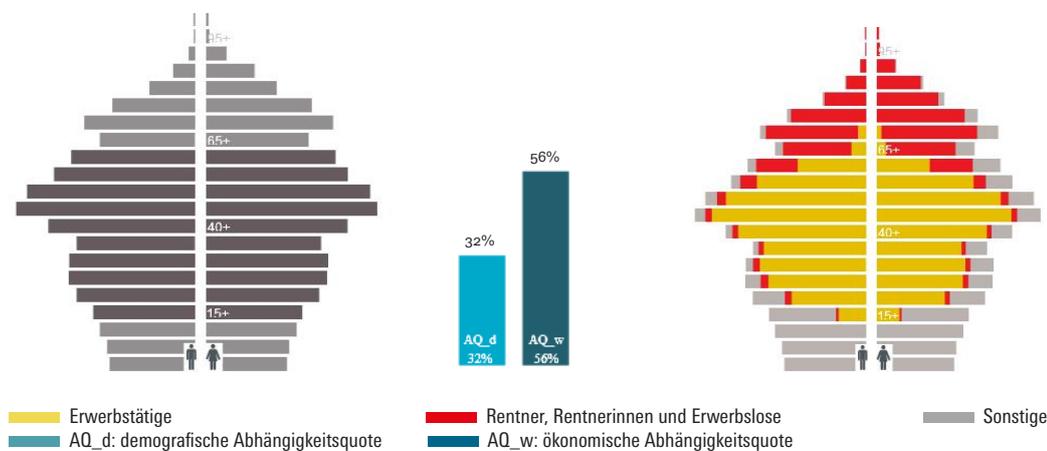
Leider wird der Blick auf die Schlüsselrolle des Arbeitsmarktes im Umgang mit der Alterung der Bevölkerung häufig durch eine Fehlinterpretation rein demografischer Abhängigkeitsquoten verstellt. So wurde beispielsweise von der EU-Kommission im Jahr 2010 ein europaweiter Konsultationsprozess zur Zukunft der Renten (EU-Kommission 2010, eigene Übersetzung) wie folgt begründet: „Die Zahl der Rentner und Rentnerinnen in Europa verglichen mit der Zahl derjenigen, die ihre Renten finanzieren, wird sich voraussichtlich bis 2060 verdoppeln [...]“. Im Ausschussbericht des EU-Parlaments, der im Anschluss an diesen Konsultationsprozess erstellt wurde, ist die behauptete Verdoppelung der Zahl der Rentner und Rentnerinnen in Relation zu den Erwerbstätigen in Zahlen gefasst: „2008 kamen 4 berufstätige Personen auf 1 Rentner. [...] 2060 beträgt dieses Verhältnis 2 zu 1“ (Europäisches Parlament 2011). Weder die Ausgangslage noch die prognostizierte Entwicklung sind durch einen empirischen Befund bzw. durch eine offiziell anerkannte Vorausschätzung belegt oder belegbar. Wie kommt es zu solchen Behauptungen? Die Antwort ist einfach: In beiden Fällen wird die Relation zwischen den Altersgruppen 15-64 und 65+ als Relation zwischen Erwerbstätigen und Rentnern und Rentnerinnen fehlinterpretiert. Mit der Gleichsetzung der Zahl der Menschen im Erwerbsalter mit der Zahl der Erwerbstätigen wird dabei der Blick auf die Schlüsselrolle des Arbeitsmarktes bzw. auf die Option besserer Erwerbsintegration der Menschen im Erwerbsalter versperrt.

Wie weit die Gleichsetzung von Älteren mit Rentnern und Rentnerinnen bzw. Transferabhängigen und jene von Personen im erwerbsfähigen Alter mit Erwerbstätigen von den realen Gegebenheiten abweicht, zeigen die folgenden Abbildungen anhand der Werte für Deutschland im Basisjahr 2013. Im linken Bild der **Abbildung 1** wird nur auf das Alter der Menschen abgestellt, gegliedert in Fünfjahresgruppen. Die drei großen Altersgruppen (0-14, 15-64, 65+) werden in verschiedenen Grauschattierungen hervorgehoben. Der Altenquotient, die Relation der Zahl der Menschen im Alter 65+ zur Altersgruppe 15-64, entspricht der „demografischen Abhängigkeitsquote“ (AQ_d). Im rechten Bild der **Abbildung 1** wird offensichtlich, dass die oben genannte Gleichsetzung irreführend ist, und dies, obwohl der Erwerbsstatus (erwerbstätig, erwerbslos) hier noch wie im Ageing Report mit dem ILO-Konzept der Erwerbstätigkeit bestimmt und damit die Erwerbsintegration

Altersstruktur und ökonomischer Status 2013

2013 Deutschland

Altersstruktur



Quellen: The 2015 Ageing Report (EK); eigene Berechnungen.

IMK

überschätzt wird. Die Bevölkerung wird im rechten Bild der Abbildung zusätzlich nach ökonomischem Status in drei Gruppen gegliedert:

- Erwerbstätige – gelbe Felder
- Rentner und Rentnerinnen⁶ und Erwerbslose – rote Felder
- Sonstige – graue Felder

Der Gruppe „Sonstige“ sind Personen zugeordnet, die weder in die Kategorie Erwerbstätige fallen noch eine Rente beziehen oder als erwerbslos erfasst sind. In jüngeren Jahren sind das vor allem Schüler und Schülerinnen und Studierende. In den Altersgruppen ab 30 Jahren fällt auf, dass die dunkelgrauen Felder bei den Frauen merklich größer sind als bei den Männern, was vor allem auf die Übernahme von Sorgearbeit und Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zurückzuführen sein dürfte.

Bereits auf Basis der Abgrenzung des Erwerbsstatus nach LFS zeigt sich, dass die ökonomische Abhängigkeitsquote, die Relation zwischen Transferabhängigen und Erwerbstätigen, mit 56% (rechte blaue Säule in **Abbildung 1**) höher ausfällt als die „demografische Abhängigkeitsquote“ mit 32% (linke blaue Säule in **Abbildung 1**). Das macht deutlich, dass für eine ökonomisch und sozial sinnvolle politische Gestaltung des demografischen Wandels der Blick auf den ökonomischen Status der Menschen und auf Arbeitsmarktstrukturen und -entwicklungen unerlässlich ist.

DIE AKTUELLE ARBEITSMARKT-SITUATION IN DEUTSCHLAND

Bereits diese erste Darstellung auf Grundlage der Daten des Labour Force Survey (LFS) liefert einen Hinweis auf erhebliche Gestaltungsspielräume. Anhand von nationalen Statistiken können für Deutschland zusätzlich zum Erwerbsstatus entsprechend des LFS weitere Informationen gewonnen werden, die ein deutlich differenzierteres bzw. aussagekräftigeres Bild zeichnen helfen. Die nationalen Statistiken (vor allem Daten der Bundesagentur für Arbeit) ermöglichen es, das Ausmaß der Erwerbsintegration besser zu berücksichtigen und auch die Gruppe der Transferabhängigen genauer abzugrenzen. Beispielsweise ist bei Personen, die ausschließlich geringfügig beschäftigt sind (ausschließliche Minijobs) offensichtlich keine ausreichende Integration in die primäre Einkommensverteilung gegeben, um einen signifikanten Beitrag zur Senkung ökonomischer Abhängigkeiten erwarten zu können.

Im Folgenden wird ausgehend von den LFS-Daten gezeigt, dass es noch weiteres Arbeitskräftepotenzial in Deutschland gibt, dessen Erschließung die Bewältigung des demografischen Wandels erheblich erleichtern würde.

Erwerbstätigenquoten

In einem ersten Schritt wird anhand der überschneidungsfreien⁷ Mikrozensus-Daten gezeigt, welche Beschäftigungspotenziale noch ausgeschöpft wer-

⁶ Die Abgrenzung der „Rentner und Rentnerinnen“ folgt der breiten Definition, die den Berechnungen des Ageing Reports 2015 (EU-Kommission 2015, Annex II, S. 183 f.) zugrunde liegt und auch Beamtenpensionen mitumfasst.

⁷ Überschneidungsfreiheit bedeutet, dass eine Person nur einem der drei Erwerbsstatus (Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen) zugeordnet werden kann.

den können. Der Mikrozensus integriert die Arbeitskräfteerhebung (LFS), die allen EU-Arbeitsmarktdaten zugrunde liegt. Dabei werden Personen, die in der Referenzwoche zumindest eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben, als „erwerbstätig“ erfasst (Eurostat 2018c). Für die Zuordnung des Status „erwerbstätig“ ist daher ein minimales Ausmaß an Erwerbsintegration ausreichend. Im Sinne der Überschneidungsfreiheit schließt die Zuordnung als erwerbstätig in weiterer Folge eine Erfassung als erwerbslos aus. Der LFS tendiert damit zu einer Überschätzung des Ausmaßes an Erwerbsintegration sowie zu einer Unterschätzung des Ausmaßes an Beschäftigungslosigkeit.

Die demografische Struktur der Erwerbstätigen zeigt, dass Frauen und vor allem Ältere die Stütze des Beschäftigungsaufwuchses seit Ende der Krise sind. Seit 2010 ist die Erwerbstätigkeit um 2,6 Mio. Personen gestiegen, davon waren 2,0 Mio. Personen zwischen 55 und 64 Jahre alt und 1,3 Mio. Frauen. In diesen Zahlen spielt die relative Entwicklung der jeweiligen Bevölkerungsgruppen eine Rolle (Kohorteneffekt). Die Zahl der 55-64-Jährigen beispielsweise hat im betrachteten Zeitraum (2010-2016) überproportional zugenommen. Um diesen Effekt herauszurechnen, werden in **Tabelle 1** statt den Erwerbstätigen- und Erwerbslosenzahlen die dazugehörigen Quoten dargestellt.

In **Tabelle 2** wird ersichtlich, dass 2016 trotz Jahrzehnten der Angleichung zwischen Männern und Frauen immer noch eine Lücke von ca. 7 Prozentpunkten bei der Erwerbstätigenquote nach LFS besteht, die nicht durch die inzwischen gesunkenen Erwerbslosenquoten der Frauen erklärt werden kann. Die Lücke ist in der Lebenszyklusphase der Familiengründung (30-39 Jahre) nach wie vor am höchsten. Zudem ist die gestiegene Arbeitsmarktpartizipation der Frauen vor allem durch die Expansion von Teilzeitbeschäftigung zu erklären (Wanger 2017), da Frauen im Durchschnitt nach wie vor am meisten der unbezahlten Sorgearbeit – Hausarbeit, Kinderbetreuung und Pflege – leisten (Hobler et al. 2017). In **Abbildung 2** ist deshalb eine um die Arbeitszeit korrigierte Erwerbstätigenquote dargestellt, die die Angleichung der Erwerbstätigenquote zwischen Männern und Frauen relativiert und bereits auf durchaus erhebliche Potenziale hinweist.⁸ Ähnliche Überlegungen finden sich in den Arbeitszeitrecht-

⁸ Erwerbstätigenquote(i) = Erwerbstätige(i)/Bevölkerung(i). i steht für die betrachtete sozio-demografische Gruppe (hier Männer bzw. Frauen zwischen 15 und 64 Jahre alt). Korrigierte Erwerbstätigenquote(i) = (Vollzeiterwerbstätige(i) + Teilzeiterwerbstätige(i)*Teilzeitarbeitszeit(i)/Vollzeitarbeitszeit(i))/Bevölkerung(i). Wie hoch die Vollzeit ist bzw. sein sollte, bleibt dabei offen. Es soll also nicht suggeriert werden, dass für beide Geschlechter eine Vollzeit mit 40 Stunden/Woche erstrebenswert ist, denn ob die unbezahlte Sorgearbeit zur gleichen Qualität marktwirtschaftlich externalisiert werden kann (und soll), ist höchst fraglich, gerade wenn es sich um menschliche Bindungen handelt. (Vgl. dazu die Diskussionen um die Familienarbeitszeit, Müller et al. 2015)

Kernindikatoren der Partizipation am Arbeitsmarkt (2016)
nach Geschlecht, Alter und Nationalität

	alle	Männer	Frauen	alle	Ausländer/innen	
	15-64	15-64	15-64	50-64	Männer	Frauen
Bevölkerung, Tsd. Pers.	54.101	27.458	26.643	18.432	3.712	3.290
Veränderung 2000-07 ¹	-1,6	-1,9	-1,3	-5,8	1,2	11,0
Veränderung 2010-16 ¹	0,4	0,9	-0,2	14,2	48,0	27,0
Erwerbstätigenquote, in %	74,4	78,0	70,6	74,4	70,0	53,4
Veränderung 2000-07 ²	3,5	1,7	5,4	12,6	-1,3	2,1
Veränderung 2010-16 ²	3,4	2,1	4,6	8,3	1,7	4,7
Erwerbslosenquote, in %	4,2	4,6	3,8	3,6	9,0	8,0
Veränderung 2000-07 ²	-0,6	-0,3	-1,0	-3,7	3,0	4,3
Veränderung 2010-16 ²	-2,9	-3,0	-2,8	-3,4	-5,2	-4,6

¹ Veränderung in Prozent.

² Veränderung in Prozentpunkten.

Die Jahre 2008 und 2009 bleiben aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise unberücksichtigt.

Quellen: Destatis (Mikrozensus) und Eurostat (LFS: lfsa_pganws); eigene Berechnungen.



nungen des IAB (Wanger 2015, 2017) bzw. in den Berechnungen von Rengers (2015), Schreiber (2015) und Eichhorst und Tobsch (2013).

Beim Blick auf die Altersaufteilung zeigt sich eine Glockenkurve: Bis zur Gruppe der 45- bis 49-Jährigen steigt die Erwerbstätigenquote, danach sinkt sie für beide Geschlechter. Der markante steigende Trend bei den Älteren (über 55 Jahre) ist für beide Geschlechter ausgeprägt: Während die Erwerbstätigenquote der Männer unter 55 sogar sinkt, nimmt diese bei den über 55-jährigen stark zu. Die zunehmende Frauenbeteiligung am Arbeitsmarkt ist in allen Altersgruppen über 25 deutlich, aber sie ist am stärksten bei den älteren. Neben einem Kohorteneffekt bei den Frauen⁹ und sicherlich auch konjunkturellen Einflüssen erklärt sich dieser Trend für beide Geschlechter vor allem durch politische Impulse: Die Rentenreformen zielten schon Ende der 1990er Jahre auf eine Verlängerung des Erwerbslebens und eine Schließung von Frühverrentungsmöglichkeiten ab, und dies wurde durch die Arbeitsmarktpolitik flankiert (Walwei 2018, Brüssig 2018, Brenke und Zimmermann 2011).

Zur Linderung der Effekte des demografischen Wandels bieten sich in den Simulationen des Arbeitskräftepotenzials (Fuchs 2017) auf Basis des LFS im Wesentlichen nur drei Optionen an: die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Frauen, der Älteren (in Konsequenz teils auch gefordert: Anhebung des Renteneintrittsalters) und der Zuwanderer und Zuwandererinnen. Da die zwei ersten Gruppen, wie

⁹ Die Generationen, die von Bildungsexpansion profitierten, kommen nun ins Alter. Höherqualifizierte zeichnen sich durch höhere Erwerbstätigenquoten aus, sodass ein Teil der Zunahme der Erwerbstätigenquote bei älteren Frauen Folge höherer Bildungsniveaus ist (Brenke und Zimmermann 2011).

Kernindikatoren der Partizipation am Arbeitsmarkt (2016)

nach Geschlecht und in Fünfjahres-Schritten nach Alter

Männer	15-19	20-24	25-29	30-34	35-39	40-44	45-49	50-54	55-59	60-64	65+
männliche Bevölkerung, Tsd. Pers.	2.194	2.304	2.814	2.674	2.563	2.556	3.200	3.517	3.043	2.593	7.597
Veränderung 2000-07 ¹	4,8	9,1	1,4	-27,1	-11,3	19,8	11,4	15,0	-5,6	-25,8	27,4
Veränderung 2010-16 ¹	-0,7	-8,3	11,8	10,0	-0,7	-26,9	-7,8	15,8	12,3	15,9	2,9
Erwerbstätigenquote, in %	28,2	63,8	80,1	87,7	89,5	89,9	90,6	88,3	83,7	61,1	9,1
Veränderung 2000-07 ²	-2,9	-3,8	-3,4	-2,4	-0,6	0,1	-0,1	0,4	8,4	13,2	0,9
Veränderung 2010-16 ²	-1,8	-1,6	1,7	0,9	0,9	0,3	2,4	3,7	6,0	12,2	3,5
Erwerbslosenquote, in %	8,0	7,8	6,0	5,0	4,4	3,7	3,1	3,5	3,7	4,8	-
Veränderung 2000-07 ²	4,4	1,5	2,0	1,6	0,2	-0,8	-0,8	-0,8	-6,1	-2,6	-
Veränderung 2010-16 ²	-2,5	-2,6	-3,6	-2,8	-2,7	-2,3	-3,0	-3,1	-4,2	-3,5	-
Frauen	15-19	20-24	25-29	30-34	35-39	40-44	45-49	50-54	55-59	60-64	65+
weibliche Bevölkerung, Tsd. Pers.	1.966	2.114	2.554	2.573	2.500	2.489	3.168	3.487	3.085	2.707	9.780
Veränderung 2000-07 ¹	1,9	9,7	4,5	-26,9	-8,2	16,8	10,7	16,6	-1,8	-25,3	11,2
Veränderung 2010-16 ¹	-4,2	-12,0	4,5	8,0	-1,3	-25,9	-6,1	13,2	11,5	17,3	0,2
Erwerbstätigenquote, in %	24,5	62,8	75,5	75,9	77,4	82,0	84,2	80,9	74,4	50,6	4,2
Veränderung 2000-07 ²	0,0	-1,9	-1,2	0,4	2,5	2,9	4,2	7,8	12,0	12,6	0,8
Veränderung 2010-16 ²	0,2	1,0	3,1	3,3	2,6	2,3	4,6	4,9	9,4	17,7	1,6
Erwerbslosenquote, in %	7,7	5,5	4,5	4,4	3,8	3,1	2,7	3,1	3,3	4,0	-
Veränderung 2000-07 ²	2,8	1,5	1,6	-0,4	-1,5	-0,6	-1,0	-2,5	-7,6	1,7	-
Veränderung 2010-16 ²	-3,2	-2,6	-2,4	-2,5	-2,5	-2,3	-3,1	-2,9	-4,0	-3,0	-

¹ Veränderung in Prozent.

² Veränderung in Prozentpunkten.

Die Jahre 2008 und 2009 bleiben aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise unberücksichtigt.

Quelle: Destatis (Mikrozensus); eigene Berechnungen.



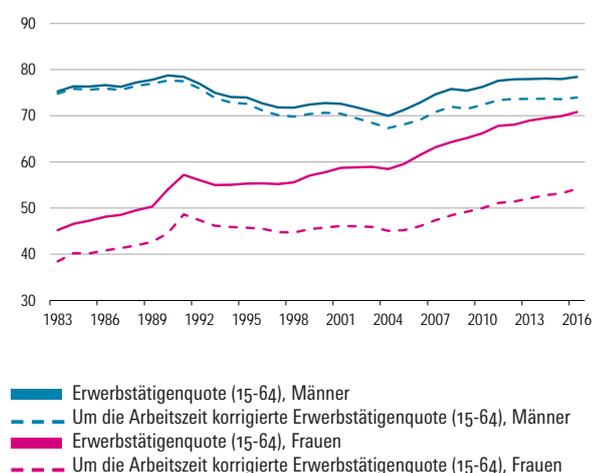
oben dargestellt, seit längerem eine positive Entwicklung bei den Arbeitsmarktindikatoren aufweisen (auch wenn das Niveau der Erwerbsintegration im Rahmen des LFS überschätzt wird und die Potenziale sicherlich noch bei weitem nicht ausgeschöpft sind – siehe unten), gerieten zuletzt die Erwerbstätigenquoten der Ausländer bzw. der Personen mit Migrationshintergrund in den Fokus. Hier liegt in der Tat viel Potenzial, denn die Werte der einheimischen Bevölkerung werden längst nicht erreicht: In **Abbildung 3** werden die Erwerbstätigenquoten der Personen nach Geschlecht, Altersgruppen, Bildungsstand und Nationalität differenziert. Dabei ist die Berücksichtigung des Bildungsstands wichtig, denn Personen mit Migrationshintergrund sind in dieser Hinsicht eine sehr heterogene Gruppe (OECD 2015b).¹⁰

¹⁰ Eine zeitliche Betrachtung ist hier weniger sinnvoll, denn wie in Höhe (2016) und in OECD (2015) gezeigt wird, spielen die regionale Herkunft, die Migrationsursache und die bisherige Aufenthaltsdauer neben dem Bildungsstand auch eine wichtige Rolle für die Arbeitsmarktintegration von Migranten und Migrantinnen. Da sich die Zusammensetzung der Herkunftsländer gerade in den letzten zehn Jahren verschoben hat, kann durch die Bildung von Durchschnitten mit Querschnittsdaten wenig über zeitliche Entwicklungen gesagt werden.

Abbildung 2

Erwerbstätigenquote und um die Arbeitszeit bereinigte Erwerbstätigenquote nach Geschlecht

(15-64-Jährige, in %)



Quellen: Eurostat (LFS: lfsa_pgaed, lfsa_epgaed, lfsa_ewhuna); eigene Berechnungen.



Darüber hinaus ergeben sich Potenziale, die sich durch einen genauen Blick auf die in der LFS vorgenommenen Abgrenzungen ergeben.

Ausschließliche Minijobs (BA)

Die bei weitem bedeutendste Gruppe, die aus der Erwerbstätigkeit nach LFS-Abgrenzung herausgerechnet werden sollte, stellt jene der ausschließlichen Minijobber und Minijobberinnen dar. Der Grund liegt im sehr geringen Ausmaß ihrer Erwerbsintegration.¹¹ Die Anzahl dieser Personen ist von 2000 bis 2009 von 4,4 Mio. auf 5,3 Mio. Personen deutlich gestiegen. Seitdem hat sich die Zahl bis 2015 auf 5,1 Mio. Personen vermindert (Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit vom 2.2.2017).¹²

Eine nach Geschlecht und Altersgruppen differenzierte Betrachtung zeigt, dass der Minijob-Anteil bei Frauen deutlich höher liegt als bei Männern. Etwa zwei Drittel aller ausschließlichen Minijobs betreffen Frauen. Sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern fällt der Anteil der ausschließlichen Minijobber und Minijobberinnen in der niedrigsten, vor allem aber in den höheren Altersgruppen deutlich höher aus als im Haupterwerbsalter.

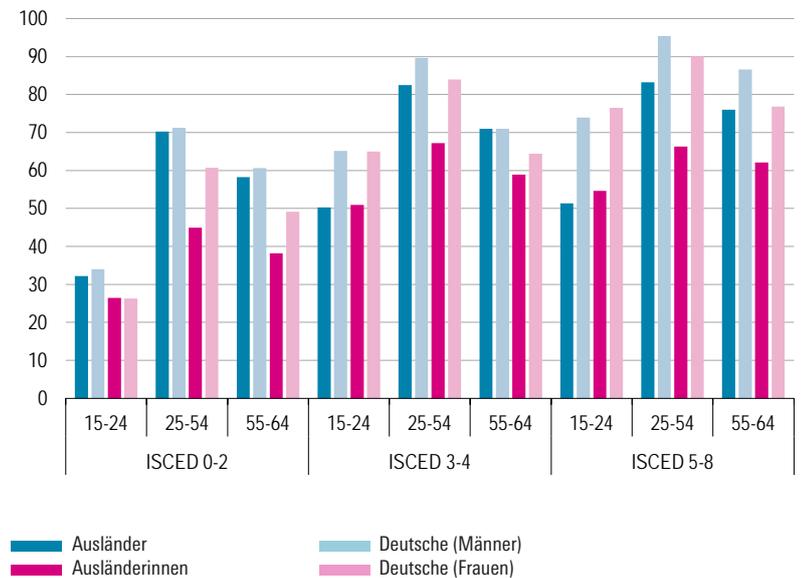
Das bestätigt, dass – wie bereits zuvor anhand der arbeitszeitbereinigten LFS-Erwerbstätigenquoten nahegelegt wurde – das Ausmaß der Erwerbsintegration anhand des LFS insbesondere bei Frauen und in den höheren Altersgruppen (ab 60 Jahren) deutlich überschätzt wird.

Weitere Gruppen von Erwerbstätigen mit nur geringer Erwerbseinbindung und geringem eigenen Einkommen

Zur möglichst realistischen Abschätzung ökonomischer Abhängigkeitsquoten sollten idealerweise alle Erwerbstätigen aus der Erwerbstätigenstatistik herausgerechnet werden, die ihren eigenen Lebensunterhalt nicht durch ihre eigene Erwerbstätigkeit bestreiten können. Ein ähnlich klares Bild wie bei den Minijobbern und Minijobberinnen zeigt sich nur noch bei eher kleinen Gruppen: Eine relativ kleine Kategorie von 105 Tsd. Selbständigen (2016) bezieht parallel Arbeitslosengeld II (ALG II). Von diesen 105 Tsd. Personen waren 40% Frauen, 77% zwischen 25 und 54 Jahre alt, 21% über 55 Jahre und 24% Ausländer und Ausländerinnen (Bundesagentur 2018). Aus früheren Analysen der Bundesagentur (Hartmann und Bergdolt 2010) ist ersichtlich, dass die (verfügbaren) Einkommen aus Selbständigkeit

Erwerbstätigenquoten der Deutschen bzw. Ausländer

in %, 2016, nach Altersgruppe, Geschlecht und Bildungsniveau (ISCED)



Quelle: Eurostat (LFS: lfsa_ergaedn).

IMK

dieser Gruppe sehr niedrig sind (über 70% lagen unter der Geringfügigkeitsgrenze). Genau genommen sollte daher auch diese Kategorie nicht als erwerbstätig erfasst werden, denn die Selbständigkeit dient hier offensichtlich nur als Hinzuverdienst zum ALG II.

Dies gilt auch für Ein-Euro-Jobber und -Jobberinnen (andere arbeitsmarktpolitische Beschäftigungsmaßnahmen wurden abgeschafft). Diese weisen zwar eine Arbeitszeit zwischen 20 und 30 Arbeitsstunden auf (Bundesagentur 2017b), aber aus dieser Erwerbstätigkeit wird nur ein Hinzuverdienst zum ALG II erzielt. Von den 80 Tsd. Personen im Jahr 2016 sind 40% Frauen, 70% zwischen 25 und 54 Jahre alt und 24% über 55, 13% sind Ausländer und Ausländerinnen.

Erwerbslosenquoten und Unterbeschäftigung (LFS)

In den Erwerbstätigenquoten wird die Zahl der Erwerbstätigen zur vergleichbaren Bevölkerungsgruppe ins Verhältnis gesetzt. Eine niedrige Quote kann entweder durch eine geringe Partizipation am Arbeitsmarkt (niedrige Erwerbsquote) verursacht werden und/oder durch ein hohes „nicht realisiertes Arbeitskräftepotenzial“. Gängig ist es, dieses nicht realisierte Arbeitskräftepotenzial auf Basis der LFS-Daten mit der Erwerbslosenquote zu messen (Tabelle 3). International hat sich demgegenüber aber zunehmend etabliert, auch jene Personen in die Betrachtung einzubeziehen, die nicht als erwerbslos im Sinne der ILO gelten, aber dennoch nah am Arbeits-

¹¹ Damit wird nicht in Zweifel gezogen, dass Minijobs sinnvolle Hinzuverdienstmöglichkeiten bieten können.

¹² Inzwischen sind die Zahlen der ausschließlichen Minijobs revidiert worden. Diese Revision betrifft das Referenzjahr (2013) der hier durchgeführten Anpassung aber nicht.

Erwerbslosenquoten und Unterbeschäftigungsquote, Deutschland (2016)

		alle 15-74	alle 25-54	alle 55-74	Frauen (15-74)	Ausländer/innen (15-74)
Erwerbstätige (Tsd. Pers.)	(1)	41.107	28.489	8.727	19.151	4.417
Erwerbslose (Tsd. Pers.)	(2)	1.774	1.157	321	746	413
Stille Reserve (Tsd. Pers.)	(3)	1.033	551	245	518	250
Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigte (Tsd. Pers.)	(4)	1.443	1.079	251	1.042	264
Erwerbslosenquote in % EWP ¹	(2)/(1+2)	4,1	3,9	3,5	3,8	8,6
Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial ² in % EWPP	(2+3)/(1+2+3)	6,4	5,7	6,1	6,2	13,1
Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial ³ in % EWPP	(2+3+4)/(1+2+3)	9,7	9,2	8,8	11,3	18,2

Nicht-Erwerbspersonen mit Arbeitswunsch = nicht suchend mit Arbeitswunsch + suchend und kurzfristig nicht verfügbar

Stille Reserve = Suchend aber kurzfristig nicht verfügbar + Verfügbar aber nicht suchen

Nur Altersabgrenzung bis 74 möglich

1 EWP = Erwerbspersonen = Erwerbstätige und Erwerbslose.

2 Ohne unfreiw. Teilzeit (EWPP = Erwerbspersonenpotenzial = Erwerbstätige, Erwerbslose und Stille Reserve).

3 Mit unfreiw. Teilzeit.

Quelle: Eurostat (LFS: lfsa_pganws, lfsa_sup_a, lfsa_sup_nat)



markt sind,¹³ die sogenannte stille Reserve. Dies wird auch in der deutschen Arbeitsmarktstatistik mit der Ermittlung des Erwerbspersonenpotenzials durch das IAB in einer anderen Abgrenzung berechnet (Fuchs 2002 und die dort aufgeführte Literatur).

Ausgehend von den LFS-Zahlen kann mit der erweiterten Quote des ungenutzten Potenzials nach den drei Dimensionen (Alter, Geschlecht, und Migrationshintergrund) die Unterbeschäftigung abgeschätzt werden. Es zeigt sich, dass die LFS-Erwerbslosenquote nur eine Untergrenze des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials bildet. Insbesondere bei Frauen sowie Ausländern und Ausländerinnen ist viel mehr Potenzial vorhanden als die LFS-Daten signalisieren, sowohl zur Erhöhung der Arbeitsstunden (unfreiwillige Teilzeit), als auch zur Neuaufnahme einer Erwerbstätigkeit, beispielsweise durch Verbesserung der Rahmenbedingungen, die eine Integration der Erwerbslosen wie der Personen in der stillen Reserve in den Arbeitsmarkt ermöglichen würden.

Die Größenordnungen der Zahlen in Tabelle 3 werden durch weitere Analysen bestätigt. Auf Basis der Arbeitszeitangaben im Mikrozensus berechnet Rengers (2015) den Saldo der gewünschten Arbeitsstunden (mehr und weniger) im Vergleich zur tatsächlichen Arbeitszeit und beziffert das ungenutzte Arbeitspotenzial der Erwerbstätigen im Jahr 2014 mit 22 Mio. Stunden/Woche oder 566 Tsd. Vollzeitstellen à 40 Stunden/Woche. Konle-Seidle (2017) beziffert auf Basis von Eurostat-Daten auch für 2014

das unbenutzte Arbeitskräftepotenzial mit 11%. Diese Größenordnung deckt sich mit den Zahlen in Tabelle 3, wenn die gleichen Unterbeschäftigungskategorien herangezogen werden.

Arbeitslose und Unterbeschäftigte im engeren Sinne

Auch ein Blick auf die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) zum Ausmaß der Unterbeschäftigung zeigt, dass die Zahl der Erwerbslosen nach dem LFS (2016: 1,8 Mio.) das Ausmaß des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials deutlich unterschätzt. Bereits das Konzept der Arbeitslosigkeit nach §16 SGB III führt mit rund 2,7 Mio. Arbeitslosen im Jahr 2016 zu einem deutlich höheren Wert. Im Wesentlichen ist das – wie oben bereits erwähnt – darauf zurückzuführen, dass nach dem LFS Arbeitslose bereits bei einer Stunde Arbeit in der Referenzwoche nicht als Erwerbslose, sondern als Erwerbstätige erfasst werden. Aber auch die Erfassung der Arbeitslosigkeit nach §16 SGB III unterschätzt das Ausmaß der Beschäftigungslosigkeit. Denn Personen werden dort dann nicht als arbeitslos gezählt, wenn sie die Kriterien Verfügbarkeit und aktive Suche zeitweise nicht erfüllen oder an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen. Daher erstellt die BA auch eine „Unterbeschäftigungsrechnung, [...] in der] Personen enthalten [sind], die an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen oder zeitweise arbeitsunfähig erkrankt sind und deshalb nicht als arbeitslos gezählt werden“ (Bundesagentur 2017a, S. 12). Auch Personen, für die Sonderregelungen für Ältere zur Anwendung kommen, zählen nicht als arbeitslos, aber als unterbeschäftigt. Mit der Unterbeschäfti-

13 Dies entspricht den Kategorien „Personen, die eine Arbeit suchen, aber kurzfristig nicht verfügbar sind“ und „Personen, die für eine Arbeit verfügbar sind, aber nicht suchen“ (Destatis 2017).

Eckwerte der LFS-Anpassung in Tsd. Personen

	Erwerbslose (LFS)	Arbeitslose (BA)	Unterbeschäftigung i.e.S. (BA) ¹	Erwerbstätige (LFS)	Ausschließlich Minijobs (BA)
2010	2.944	3.239	4.502	38.941	5.295
2013	2.173	2.950	3.796	39.617	5.256
2016	1.767	2.691	3.551	41.337	(5.080) ²

1 Arbeitslose nach §16 SGB III und Teilnehmer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ohne Kurzarbeit, Altersteilzeit sowie Förderung der Selbständigkeit aber mit Sonderregelungen für Ältere (vgl. BA 2017).

2 Wert von 2015 (vor Revision).

Quellen: Destatis (Mikrozensus), Sonderauswertungen der Bundesagentur für Arbeit (Stand: Februar und Juni 2017).



gungsrechnung „wird ein umfassenderes Bild vom Defizit an regulärer Beschäftigung in einer Volkswirtschaft gegeben.“ (Bundesagentur 2017a, S.12).

Für die Ermittlung ökonomischer Abhängigkeitsrelationen müssen Personengruppen, die in der Unterbeschäftigungsrechnung der BA erfasst sind, den Transferabhängigen zugerechnet werden, weil es dabei nicht darum geht, ob Personen z.B. aufgrund von Sonderregelungen für Ältere, der Teilnahme an Schulungsprogrammen oder vorübergehender Krankheit nach einer Legaldefinition nicht oder nicht mehr als arbeitslos gezählt werden, sondern ob sie wegen vorangegangenen Arbeitsplatzverlust über kein (relevantes) bzw. nur sehr geringes Erwerbseinkommen verfügen und daher auf Transferleistungen aus dem Sozialsystem angewiesen sind.

In weiterer Folge wird auf die Abgrenzung der BA „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“ abgestellt. Dabei werden die so abgegrenzte Personengruppe als Beschäftigungslose und die auf dieser Basis ermittelte „Arbeitslosenquote“ als erweiterte Arbeitslosenquote bezeichnet. 2016 umfasst diese Abgrenzung rund 3,6 Mio. Personen (Bundesagentur 2017a, S. 54). Die Zahl der Beschäftigungslosen liegt damit rund doppelt so hoch wie die Zahl der nach dem LFS als erwerbslos erfassten Personen (Tabelle 4).

Hohe Erwerbspotenziale vorhanden

Zusammenfassend lässt sich Folgendes feststellen: Schon die Daten der LFS weisen auf erhebliche Spielräume hin, Personen besser in Erwerbsarbeit zu integrieren und bestehende Erwerbspotenziale auszuschöpfen. Dies betrifft nicht zuletzt Frauen, ältere Beschäftigte und Migranten und Migrantinnen. Aus der Perspektive der ökonomischen Abhängigkeit wird allerdings in den LFS-Daten die Zahl der Erwerbstätigen zu hoch und die Zahl der Beschäftigungslosen zu niedrig angesetzt; erhebliche Potenziale zur besseren Erwerbsintegration werden damit ausgeblendet. Diese Potenziale besser auszuschöpfen ist politisch machbar und sollte eines der zen-

tralen Ziele im Umgang mit dem demographischen Wandel sein.

Letztlich lassen sich langfristig grundsätzlich bestehende Erwerbspotenziale nicht nur auf Basis von aktuellen Unterbeschäftigungszahlen oder anhand aktuell geäußelter Wünsche nach (Mehr-) Arbeit identifizieren, die von einer Vielzahl von Rahmenbedingungen abhängen (Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Unterstützung bei Betreuungs- und Pflegebedarf, individuell gegebene Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, effektive bzw. implizite Grenzsteuersätze etc.). Vielmehr geht es darum abzuschätzen, was zumindest langfristig betrachtet unter deutlich verbesserten Rahmenbedingungen grundsätzlich möglich wäre. Eine Möglichkeit zur Abschätzung bietet ein Blick ins Ausland. Nach Berechnung der ökonomischen Abhängigkeitsquote auf Basis verfeinerter Daten wird daher im nachfolgenden Abschnitt beim Blick auf den Arbeitsmarkt auf das erfolgreiche Beispiel Schweden verwiesen.

ÖKONOMISCHE ABHÄNGIGKEITS- QUOTEN UNTER ZUGRUNDELEGUNG GENAUERER DATEN

Entsprechend der Analyse im vorausgegangen Abschnitt werden die Daten des LFS angepasst. Zum einen werden Personen, die ausschließlich einen Minijob ausüben, nicht der Kategorie „erwerbstätig“ zugeordnet. Zum anderen wird die Einordnung als beschäftigungslos enger am ökonomischen Status orientiert und damit weiter gefasst als nach dem LFS. Wie zuvor gezeigt, müssten bei genauer Analyse auch weitere Personengruppen (Ein-Euro-Jobber und -Jobberinnen oder Selbständige mit ALG II-Be-

zug¹⁴) neu bewertet und anders zugeordnet werden. Hier wird davon Abstand genommen, weil die Rechenergebnisse davon nur unwesentlich beeinflusst werden und exakte Zuordnungen aus methodischen Gründen nicht immer möglich sind. Die Zahl der Erwerbstätigen (mit einem Mindestmaß an Erwerbsintegration) bleibt damit auch nach der hier vorgenommenen Bereinigung (etwas) überschätzt.

Im Basisjahr 2013 übten rund 5,3 Mio. nach LFS grundsätzlich als erwerbstätig gezählte Personen ausschließlich einen Minijob aus (Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit vom 2.2.2017). Die Zahl der Erwerbstätigen nach LFS wird um diese Gruppe vermindert. Da rund zwei Drittel davon Frauen und die Anteile der Minijobber in den höchsten Altersgruppen (ab 60 Jahren) weit überproportional sind, liefert dieser genauere Blick auf die Erwerbstätigendaten auch ein aussagekräftigeres Bild über das Ausmaß der Erwerbsintegration nach Geschlecht und Alter.

Eine weitere Anpassung ist bei der Gruppe der Beschäftigungslosen geboten. Nach dem LFS werden für Deutschland im Jahr 2013 rund 2,2 Mio. Erwerbslose (Mikrozensus) ausgewiesen, das Ausmaß der Arbeitslosigkeit wird damit deutlich unterschätzt. Bereits das Konzept der Arbeitslosigkeit nach § 16 SGB III weist mit rund 3 Mio. Arbeitslosen im Jahr 2013 (Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit vom 29.06.2017) einen höheren Wert aus. Da es im vorliegenden Zusammenhang nicht darum geht, ob Personen nach einer Legaldefinition als arbeitslos gezählt werden, sondern ob sie we-

gen Arbeitsplatzverlust über kein (relevantes) bzw. nur sehr geringes Erwerbseinkommen verfügen und daher auf Transferleistungen aus dem Sozialsystem angewiesen sind, ist hier eine breitere Abgrenzung erforderlich. Wie weiter oben ausgeführt, bietet sich hierbei das BA-Konzept der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“ an. 2013 umfasst diese Abgrenzung rund 3,8 Mio. Personen (Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit vom 29.06.2017), die Zahl der Beschäftigungslosen liegt damit im Basisjahr 2013 um 75 % höher als die Zahl der nach dem LFS als erwerbslos erfassten Personen.

Auf Basis dieser genaueren Abgrenzung des Erwerbsstatus zeigt sich in **Abbildung 4**, dass die ökonomische Abhängigkeitsquote nicht 56 % beträgt (unbereinigt, linke dunkelblaue Säule), sondern 68 % (bereinigt, rechte dunkelblaue Säule). Die Relation zwischen Transferabhängigen und Erwerbstätigen (ökonomische Abhängigkeitsquote) – also der roten zu den gelben Bereichen – liegt damit im Basisjahr 2013 mehr als doppelt so hoch wie jene der Älteren zur Zahl der Personen im erwerbsfähigem Alter (demographische Abhängigkeitsquote).

Das hat vor allem zwei Gründe: Einerseits beginnt Transferabhängigkeit nicht erst mit der Altersgrenze 65 (oder einem höheren Alter), sondern spielt je nach Ausmaß von Erwerbsintegration, Beschäftigungslosigkeit und (gesundheitsbedingter) Frühverrentung bereits in jüngeren Altersgruppen eine erhebliche Rolle. Andererseits weicht die Zahl der Erwerbstätigen erheblich von jener der Personen im erwerbsfähigen Alter ab. Auf Basis des LFS beträgt die Erwerbstätigenquote der 15-64-jährigen Männer im Basisjahr 2013 78,1%, nach Bereinigung um ausschließliche Minijobs reduziert sich diese auf 72,8%. Nachdem fast zwei Drittel der ausschließlichen Mini-

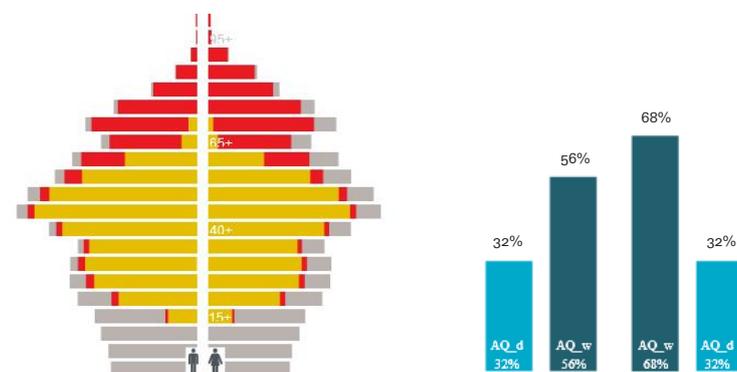
14 Alleine auf diese beiden Gruppen entfielen im Basisjahr rund 231.000 Personen (Bundesagentur für Arbeit 2018, 2017a).

Abbildung 4

Ökonomischer Status 2013 nach LFS und nach Datenanpassung

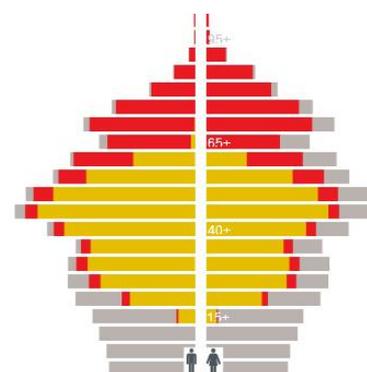
2013 Deutschland

Ökonomischer Status (LFS)



2013 Deutschland

Ökonomischer Status (angepasste Daten)



■ Erwerbstätige
 ■ Rentner, Rentnerinnen und Erwerbs- bzw. Beschäftigungslose
 ■ Sonstige
■ AQ_d: demografische Abhängigkeitsquote
 ■ AQ_w: ökonomische Abhängigkeitsquote

Quellen: The 2015 Ageing Report (EK); Sonderauswertungen der Bundesagentur für Arbeit (2017); eigene Berechnungen.

jobs auf Frauen entfallen, ergibt sich hier eine noch stärkere Verminderung der Erwerbstätigenquote von 69,0% auf 57,8%. Dies verdeutlicht, wie stark im Alter ab etwa 30 Jahren der Erwerbstätigenanteil der Frauen hinter dem der Männer zurückfällt und welche Rolle Probleme der Vereinbarkeit von Beruf und Familie spielen.

Deutlich zeigt sich auch, dass „Erwerbstätigkeit“ ab 65 Jahren zu einem erheblichen Teil (bei Frauen nahezu vollständig) auf Personen entfällt, die ausschließlich einen Minijob ausüben.¹⁵

Abbildung 4 illustriert, wie am besten auf die Höhe der ökonomischen Abhängigkeitsquote Einfluss genommen werden kann: Durch Verbesserung der Erwerbsintegration bzw. durch Erhöhung der Erwerbstätigenquoten in allen Altersgruppen und – parallel dazu – durch Reduktion der Zahl der Menschen, die mangels ausreichender Erwerbchancen auf Transferleistungen angewiesen sind. Darüber hinaus wird ein weiterer Aspekt augenscheinlich: Das Überzeichnen des Ausmaßes der Erwerbsintegration durch LFS-Daten legt die Schlussfolgerung nahe, dass es in Ländern wie Deutschland bestenfalls geringfügige Möglichkeiten für eine weitere Steigerung der Erwerbstätigenquoten gäbe. Tatsächlich zeigt sich aber bei genauerer Analyse, dass selbst für das im internationalen Vergleich gut positionierte Deutschland vor allem (aber nicht nur) bei Frauen erhebliche Potenziale für eine deutlich verbesserte Erwerbsintegration bestehen.

Wird demgegenüber – wie das oft der Fall ist – die Höhe der Abhängigkeitsquote nur über das Alter definiert, bleibt als einzige Stellschraube zur Eindämmung des demografisch bedingten Anstiegs dieser Quote die Verschiebung der Grenzlinie zwischen den Altersgruppen. Der Fokus allein auf das gesetzliche Rentenalter ist damit vorprogrammiert. Eine untergeordnete Bedeutung kommt in dieser Sichtweise von vornherein Strategien zu, die auf (Re-) Integration der Beschäftigungslosen, auf bessere Aus- und Weiterbildung, auf mehr Unterstützung von Eltern mit Kindern, auf wirkungsvollen Gesundheitsschutz, auf bessere Erwerbsintegration von prekär Beschäftigten, auf die Einrichtung altersgerechter Arbeitsplätze etc. setzen.

In einer Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses wird die daraus resultierende Problematik auf den Punkt gebracht: „Die irreführende Verwendung der demographischen Abhängigkeitsquote und die oftmalige Gleichsetzung der Zahl der Menschen im Erwerbsalter mit jener der Erwerbstätigen geht an der Realität vorbei und verstellt den Blick auf problemadäquate Lösungsansätze“ (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2011, S. 5).

SZENARIEN DER ZUKÜNFTIGEN ENTWICKLUNG

Offensichtlich ist, dass die künftige Entwicklung der Relation zwischen Rentnern und Rentnerinnen und Beschäftigungslosen auf der einen und Erwerbstätigen auf der anderen Seite in hohem Maß durch Erfolge oder Misserfolge in der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Gesundheitspolitik bestimmt werden wird. Eine wesentliche Rolle wird dabei spielen, ob es gelingt, neue und bessere Formen der Verteilung des Arbeitsvolumens zu finden und prekäre Formen der Arbeit zurückzudrängen.

Um die Bedeutung des Arbeitsmarktes für die künftige Entwicklung der ökonomischen Abhängigkeitsquote (ausgehend von 68% im Basisjahr 2013) zu illustrieren, werden drei Szenarien entwickelt und jeweils für die Jahre 2040 und 2060 dem Jahr 2013 gegenübergestellt.

Zwei Szenarien werden in einem ersten Schritt auf Basis der Bevölkerungsvorausschätzung gerechnet, die dem Ageing Report 2015 zugrunde liegt (europop2013). Im „Standard-Szenario“ werden die Anteile der Erwerbstätigen (ohne Minijobber und Minijobberinnen), der Beschäftigungslosen und der Rentner und Rentnerinnen in den jeweiligen Altersgruppen gemäß den Entwicklungstrends fortgeschrieben, die den Berechnungen des Ageing Reports 2015 zugrunde gelegt wurden. Im „High-Employment-Szenario“ wird anschließend eine merklich bessere Arbeitsmarktentwicklung – orientiert an den aktuellen Erwerbsquoten in Schweden – angenommen. Zuletzt wird das „High-Employment-Szenario“ auf Basis einer optimistischeren – und aktuelleren – Bevölkerungsvorausschätzung (Eurostat 2018a) gerechnet. Während europop2013 bis 2040 bzw. 2060 noch von einem Anstieg der demografischen Abhängigkeitsquote auf 56% bzw. 59% ausging, wird hier nur noch ein Anstieg auf 49% bzw. 55% erwartet.

Standard-Szenario 2040/60 mit pessimistischer Bevölkerungsprognose

Die Projektionen des Ageing Reports 2015 (EU-Kommission 2015) basieren auf den Demografieannahmen von europop2013 (und damit auf deutlich pessimistischeren Werten als die aktuellen Vorausschätzungen). Die Zahlen der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen basieren auf den LFS-Daten für das Ausgangsjahr 2013. Sie unterliegen damit der oben formulierten Kritik der Überschätzung der Erwerbstätigkeit und Unterschätzung der Beschäftigungslosigkeit, die sich auch in den im Ageing Report angenommenen Entwicklungstrends widerspiegeln. Diese Entwicklungstrends werden im „Standard-Szenario“ der Fortschreibung der ange-

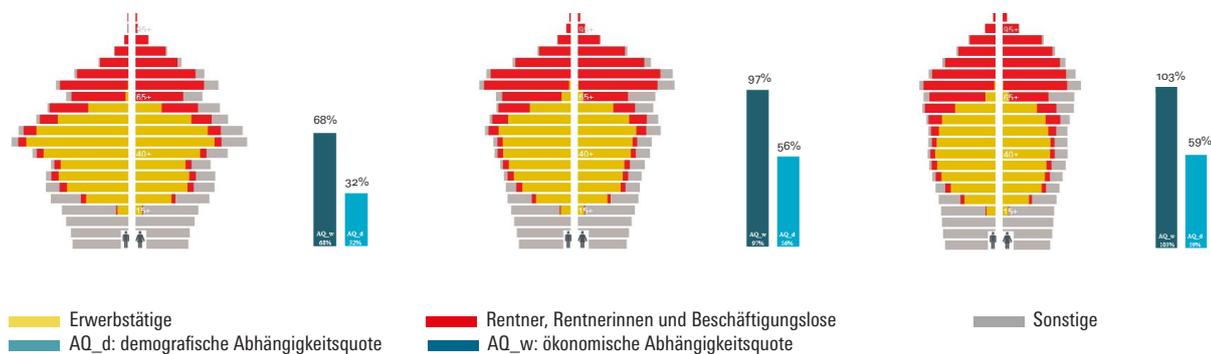
¹⁵ Auch in den Altersjahren unmittelbar vor der Regelaltersrente sind die Anteile geringfügiger Beschäftigung hoch, vgl. hierzu auch Jansen (2017, S. 465f.).

Ökonomischer Status: Standard Szenario 2040/60 (mit pessimistischer Bevölkerungsprognose, angepasste Daten)

2013 Deutschland

2040 Deutschland

2060 Deutschland



Quellen: The 2015 Ageing Report (EK); Sonderauswertungen der Bundesagentur für Arbeit (2017); eigene Berechnungen.

passten Ausgangswerte zugrunde gelegt (**Abbildung 5**).¹⁶

Bei den Männern werden bis zum Alter von 60 Jahren weitgehend stagnierende Erwerbstätigenquoten angenommen. In der Altersgruppe 60-64 wird von einem eher moderaten Anstieg um 11% (5,6 Prozentpunkte) ausgegangen. Lediglich in den Altersgruppen der ab 65-Jährigen werden deutliche Steigerungen der Erwerbstätigenquoten angenommen.¹⁷ In Kombination mit der veränderten Altersstruktur vermindert sich dadurch insgesamt die angepasste Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-jährigen Männer sogar leicht von 72,8% (2013) auf 72,7% (2040) bzw. 72,4% (2060).

Bei den Frauen wird zusätzlich zur deutlichen Erhöhung der Erwerbstätigenquoten in den Altersgruppen ab 60 auch ein – allerdings mit rund 4% (3 Prozentpunkten) nur sehr moderater – Anstieg der Erwerbstätigenquoten im Haupterwerbsalter angenommen. Insgesamt erhöht sich damit die angepasste Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-jährigen Frauen nur von 57,8% (2013) auf 60,8% (2040) bzw. 60,6% (2060). Vor allem bei den Frauen wird damit in den Langfristszenarien des Ageing Reports 2015 unterstellt, dass bestehende Beschäftigungspotentiale auf Dauer im hohen Maße ungenutzt bleiben. Offensichtlich wird dies allerdings erst auf Basis der hier vorgenommenen Anpassung der Erwerbstätigenzahl um Minijobs.

Insgesamt (Männer und Frauen) steigen die angepassten Erwerbstätigenquoten der 15- bis 64-Jährigen in diesem Szenario nur geringfügig, von 65,4% im Basisjahr auf 66,8% (2040) bzw. 66,6% (2060). Die angenommene deutliche Abnahme der Zahl der Menschen im Erwerbsalter schlägt sich damit nahezu ungebremst in einer deutlichen Verminderung der Zahl der Erwerbstätigen nieder. Die Zahl der Erwerbstätigen (angepasst um ausschließliche Minijobs) sinkt dementsprechend in einem erheblichen Ausmaß von 35,2 Mio. im Basisjahr auf 29,7 Mio. im Jahr 2040 bzw. 26,3 Mio. im Jahr 2060.

Da im Wesentlichen stabile (erweiterte) Arbeitslosenquoten angenommen werden, vermindert sich auch die Zahl der Beschäftigungslosen weitgehend parallel zum Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter bzw. der Erwerbspersonen von 3,8 Mio. im Basisjahr auf 3,2 Mio. (2040) bzw. 2,8 Mio. (2060).

Bei der Zahl der Rentner und Rentnerinnen wird aufgrund der sich verändernden Altersstruktur ein deutlicher Anstieg von 20,2 Mio. im Basisjahr auf 25,5 Mio. (2040) bzw. 24,1 Mio. Personen (2060) erwartet. Die insgesamt steigende Zahl an Transferabhängigen führt in Kombination mit dem angenommenen Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen zu einem deutlichen Anstieg der ökonomischen Abhängigkeitsquote von 68% (2013, linke dunkelblaue Säule) auf 97% (2040 mittlere dunkelblaue Säule) bzw. 103% (2060, rechte dunkelblaue Säule).

Der relative Anstieg der ökonomischen Abhängigkeitsquote fällt allerdings bereits in diesem Szenario mit 42% bzw. 51% merklich geringer aus als der in der zugrunde gelegten Bevölkerungsvorausschätzung veranschlagte Anstieg der „demografischen Abhängigkeitsquote“, die sich um 75% bzw. 86% (von 32% linke hellblaue Säule auf 56% mittlere hellblaue Säule bzw. 59% rechte hellblaue Säule) erhöht (**Abbildung 5**). Der Unterschied resultiert vor allem aus der Tatsache, dass sich transferabhängige Personen nicht auf die Altersgruppe der über 65-Jährigen be-

¹⁶ Es wird somit angenommen, dass die alters- und geschlechtsspezifischen Anteile an Minijobs im Wesentlichen stabil bleiben, was mit der im Ageing Report angenommenen weitgehend stabilen Relation zwischen Arbeitsstunden und Zahl der Erwerbstätigen kompatibel ist. Ebenso wird eine gleichbleibende Relation zwischen der Zahl der Erwerbslosen und jener der Unterbeschäftigten unterstellt.

¹⁷ In diesen Altersgruppen werden für beide Geschlechter in der Fortschreibung abweichend zur generellen Vorgangsweise abnehmende Minijob-Anteile (sukzessive Annäherung an den Wert der vorangehenden Altersgruppe) angenommen.

schränken und bei den unter 65-Jährigen mit einem deutlichen Rückgang gerechnet wird.

Die bisherige Analyse zeigt eine Entwicklung, die – ohne Änderung der arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen – zu einem deutlichen Anstieg der ökonomischen Abhängigkeitsquote führt. Die vorgenommene Anpassung der Arbeitsmarktdaten lässt allerdings klar erkennen, dass in diesem Szenario die Potenziale für eine bessere Erwerbsintegration der Menschen im Erwerbsalter und damit auch für eine Eindämmung des Anstiegs der ökonomischen Abhängigkeitsquote bei weitem nicht ausgeschöpft werden. Wie sehr der Anstieg dieser Quote selbst bei pessimistischen Bevölkerungsannahmen durch eine positivere Arbeitsmarktentwicklung gebremst werden könnte, wird im Folgenden durch das „High-Employment-Szenario“ gezeigt. Dabei wird simuliert, dass in Deutschland langfristig eine Erwerbsintegration wie derzeit in Schweden erreicht wird.

High-Employment-Szenario mit pessimistischer Bevölkerungsprognose

Im Unterschied zum „Standard-Szenario“ wird hier angenommen, dass sich die deutschen angepassten Erwerbsquoten nach Alter und Geschlecht bis 2050 sukzessiv den Quoten, die aktuell (2016) in Schweden erreicht werden, angleichen. Gleichzeitig wird angenommen, dass sich die (erweiterte) Arbeitslosenquote über denselben Zeitraum schrittweise auf rund 4% vermindert.

Zu betonen ist, dass es sich beim „High-Employment-Szenario“ um keine Prognose handelt, sondern lediglich um ein „was wäre wenn“-Szenario, in dem die grundsätzlich bestehenden Erwerbspotenziale im hohen Maße ausgeschöpft würden. Jedoch erscheint das Erreichen der aktuell in Schweden realisierten Quoten (bei gleichzeitig angenommener ausreichend guter Beschäftigungsqualität) über einen Zeitraum von gut 30 Jahren für Deutschland keineswegs unrealistisch. Dies gilt insbesondere, wenn die Entwicklung durch eine entsprechende wirtschaftspolitische Wachstumsstrategie unterstützt wird.

Die in diesem Szenario als Zielwerte herangezogenen schwedischen Erwerbsquoten im Jahr 2016 basieren auf dem LFS, die Zielquoten werden dabei als um Minijobs angepasste Quoten interpretiert. Die Überschätzung der Erwerbsintegration durch das LFS dürfte in Schweden tatsächlich deutlich geringer ausfallen als in Deutschland.

Wie weiter oben schon ausgeführt, täuscht das nominell hohe Niveau der Erwerbstätigkeit in Deutschland aufgrund des vergleichsweise hohen Teilzeitanteils und des geringen Stundenumfanges der Teilzeitstellen. Umgerechnet in Vollzeitäquivalente liegt Deutschland bei den korrigierten Erwerbstätigenquoten 2013-2014 nur auf Platz 11 in Europa statt wie bei den nominellen Quoten auf Platz 5 (Schrei-

ber 2015, S.1). Schweden dagegen liegt in dieser Betrachtungsweise auf Platz 2 in Europa. Allein der Anteil der ausschließlich geringfügig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen betrug in Deutschland rund 13% (Tabelle 4).

Darüber hinaus weist Schweden 2014 mit einem Niedriglohnanteil von 2,6% (Eurostat, `earn_ses_pub1s`, Stand: 1.4.2018) den niedrigsten Wert in der EU auf, bei den Männern liegt der Anteil in Deutschland gut achtmal höher, bei den Frauen rund neunmal höher als in Schweden. Auch liegen die Anteile der Beschäftigten mit (sehr) wenigen Wochenstunden deutlich niedriger als in Deutschland (Eurostat, `lfsa_qoe_3a4`).

Eine sukzessive Angleichung der geschlechts- und altersgruppenspezifischen Erwerbsquoten bis 2050 an jene in Schweden bei gleichzeitiger schrittweiser Reduktion der (erweiterten) Arbeitslosenquoten auf rund 4% geht mit einem deutlich stärkeren Anstieg der Erwerbstätigenquoten einher als im „Standard-Szenario“ angenommen. Die (angepassten) Erwerbstätigenquoten der 15-64-jährigen Männer würden demgemäß von 72,8% auf 78,3% (2040) bzw. 80,6% (2060), jene der Frauen von 57,8% auf 71,7% (2040) bzw. 76,7% (2060) steigen.

Trotz unverändert angenommener deutlicher Abnahme der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter fällt die Reduktion der Zahl der Erwerbstätigen dementsprechend deutlich geringer aus. Während im „Standard-Szenario“ die (angepassten) Erwerbstätigenzahl von 35,2 Mio. auf 29,7 Mio. (2040) bzw. 26,3 Mio. Personen (2060) zurückgeht, ergibt sich hier aufgrund der höheren Erwerbstätigenquoten eine wesentlich geringere Abnahme auf 34,0 Mio. (2040) bzw. 31,9 Mio. Personen (2060).

Die deutlich sinkende (erweiterte) Arbeitslosenquote in Kombination mit der abnehmenden Zahl der Personen im Erwerbsalter bedeutet, dass die Zahl der Beschäftigungslosen von 3,8 Mio. im Basisjahr auf 1,9 Mio. (2040) bzw. 1,3 Mio. Personen (2060) zurückgeht.

Demgegenüber fällt in diesem Szenario der Anstieg der Zahl der Rentner und Rentnerinnen auf 25,7 Mio. (2040) bzw. 24,3 Mio. Personen (2060) etwas stärker aus als im „Standard-Szenario“. Die höheren (angepassten) Erwerbstätigenquoten in den höheren Altersgruppen verringern zwar die Zahl der (Früh-) Rentner und Rentnerinnen im Vergleich zum Standardszenario, sie gehen aber – insbesondere bei den Frauen – auch mit einem sukzessiven Rückgang der Zahl der Personen ohne (Eigen-) Rentenanspruch in den Altersgruppen ab 65 einher.

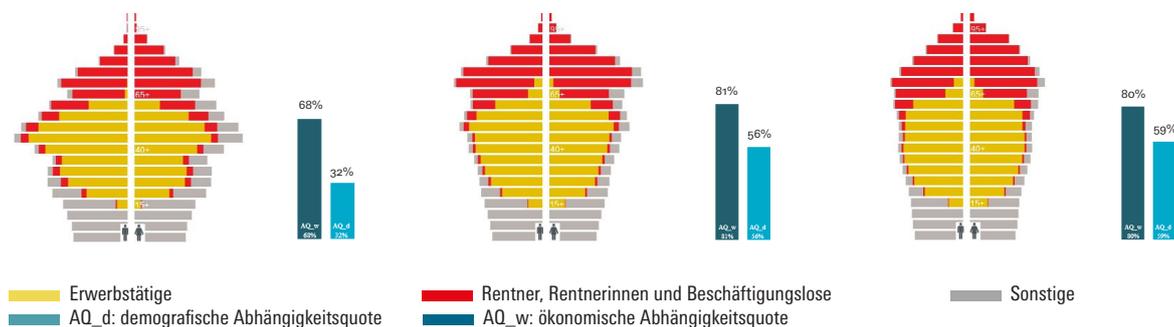
Insgesamt fällt im High-Employment-Szenario der Anstieg der Zahl der Transferabhängigen merklich schwächer, vor allem aber die Reduktion der Zahl der Erwerbstätigen deutlich geringer aus als im Standardszenario. Die ökonomische Abhängigkeitsquote steigt in diesem Szenario auf 81% (2040, mittlere dunkelblaue Säule) bzw. auf 80% (2060,

Ökonomischer Status: High Employment Szenario 2040/60 (mit pessimistischer Bevölkerungsprognose, angepasste Daten)

2013 Deutschland

2040 Deutschland

2060 Deutschland



Quellen: The 2015 Ageing Report (EK); Sonderauswertungen der Bundesagentur für Arbeit (2017); eigene Berechnungen.

rechte dunkelblaue Säule) (Abbildung 6). Das entspricht einem Anstieg um lediglich 19% bis 2040 bzw. 18% bis 2060, trotz unveränderten demografischen Annahmen.¹⁸

High-Employment-Szenario mit optimistischerer Bevölkerungsprognose

Legt man in einem weiteren Schritt den Berechnungen die aktuelleren (und optimistischeren) Bevölkerungsvorausberechnungen aus Eurostat (2018a)¹⁹ zugrunde, so zeigt sich, dass der positive Effekt des „High-Employment-Szenarios“ auf die ökonomische Abhängigkeitsquote noch stärker ausfallen kann als im gerade diskutierten Szenario dargelegt.

In der aktuellen Bevölkerungsvorausschätzung von Eurostat (2018a) wird davon ausgegangen, dass Deutschland im Jahr 2060 eine um 9,9 Millionen Personen höhere Bevölkerung haben wird als noch vor drei Jahren prognostiziert. Danach würden im Jahr 2060 in Deutschland 80,7 Mio. Menschen leben, kaum weniger als 2016 (82,5 Mio.). Das un-

terstellt ein halbwegs stabiles Bevölkerungsniveau über die nächsten gut 40 Jahre. In der Projektion von Eurostat liegt allein die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter nun im Jahr 2060 um 6,2 Mio. Personen höher als noch vor drei Jahren angenommen. Die Nettomigration wurde für Deutschland um 4 Mio. Personen bis 2060 angehoben. Solche großen Korrekturen haben Einfluss auf die demografischen Relationen, wie sie hier ausgewiesen werden. Sie haben aber auch starke ökonomische Auswirkungen. Nach der aktuellen Bevölkerungsprognose von Eurostat müssen nun rund 10 Mio. Personen mehr als noch vor kurzem angenommen mit Konsumgütern, Wohnungen und Infrastruktur versorgt werden mit entsprechenden Nachfrageeffekten.

In dieser Prognose wird für Deutschland zwar ebenfalls von einem beträchtlichen Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigem Alter ausgegangen, der mit 16% aber deutlich geringer ausfällt als in der zuvor zugrunde gelegten Projektion, in der ein Rückgang um 28% erwartet wurde. Der Anstieg der demografischen Abhängigkeitsquote fällt hier mit 55% (bis 2040) bzw. mit 73% (bis 2060) deutlich niedriger aus als zuvor (europop2013).

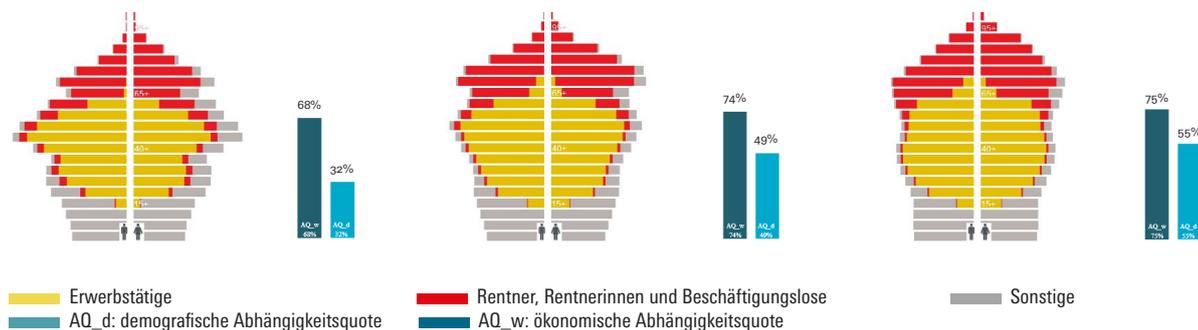
Langfristig (bis 2060) würde sich nach diesem Szenario zwar die Zahl der Rentner und Rentnerinnen auf 26,3 Mio. und damit stärker erhöhen als in der pessimistischeren Bevölkerungsvorausschätzung. Gleichzeitig würde aber die Steigerung der (angepassten) Erwerbstätigenquoten den (deutlich geringeren) Rückgang der Zahl der Personen im Erwerbsalter überkompensieren. Die Zahl der (angepassten) Erwerbstätigen würde gegenüber dem Basisjahr auf 38 Mio. (2040) bzw. 37 Mio. (2060) steigen.

Der Anstieg der ökonomischen Abhängigkeitsquote fällt in diesem Szenario (Abbildung 7) mit lediglich 8% von 68% auf 74% (2040 / mittlere dunkelblaue Säule) bzw. 10% auf 75% (2060 / rechte dunkelblaue Säule) noch geringer aus.

¹⁸ Die Verwendung der schwedischen Erwerbsquoten des Jahres 2016 als Basis für die Festlegung der Zielquoten in diesem Szenario ist auch mit deutlich steigenden Erwerbs(tätigen-)quoten in den Altersgruppen 65 bis 69 und 70 bis 74 verbunden. Die Dämpfung des Anstiegs der ökonomischen Abhängigkeitsquote resultiert allerdings nur zu einem relativ kleinen Teil aus dieser Annahme. In einem Alternativszenario werden die Erwerbsquoten ab 70 stabil gehalten und für die Altersgruppe der 65- bis 69-Jährigen angenommen, dass sich die (angepassten) Erwerbsquoten den Ausgangswerten nach LFS sukzessiv angleichen (Verdrängung von Minijobs durch „gute“ Jobs). In diesem Alternativszenario fällt die Dämpfung des Anstiegs der ökonomischen Abhängigkeitsquote um 3 Prozentpunkte geringer aus. Der überwiegende Teil der Dämpfung resultiert somit aus der angenommenen besseren Erwerbsintegration der unter 65-Jährigen.

¹⁹ Diese Bevölkerungsvorausschätzung wird auch den aktualisierten Langfristprojektionen der EU-Kommission für Deutschland, die voraussichtlich im Mai 2018 im Ageing Report 2018 veröffentlicht werden, zugrunde liegen.

Ökonomischer Status: High Employment Szenario 2040/60 (mit optimistischerer Bevölkerungsprognose, angepasste Daten) 2013 Deutschland 2040 Deutschland 2060 Deutschland



Quellen: Eurostat 2017; The 2015 Ageing Report (EK); Sonderauswertungen der Bundesagentur für Arbeit (2017); eigene Berechnungen.

IMK

FAZIT: AUF DEN ARBEITSMARKT KOMMT ES AN - BESTEHENDE BESCHÄFTIGUNGSPOTENZIALE NUTZEN

Auf Basis einfacher Betrachtungen werden aus der Alterung der Bevölkerung gerne Katastrophen-Szenarien insbesondere für die Alterssicherung abgeleitet. Die einzig möglichen Handlungsalternativen wären demnach drastische Änderungen bei den Beitragssätzen, bei den Leistungsniveaus oder beim Renteneintrittsalter bzw. Kombinationen daraus. Im Hintergrund dieser eingengten Sicht steht die falsche Annahme, dass die Relation zwischen Transferempfängern und -empfängerinnen und Erwerbstätigen im Wesentlichen nur mittels Verschiebung der gesetzlichen Altersgrenze zwischen Renten- und Erwerbsalter Einfluss beeinflusst werden kann.

Nach den Bevölkerungsvorausschätzungen von Eurostat wird die demografische Abhängigkeit in Deutschland, gemessen am Altenquotienten, von 2013²⁰ bis zum Jahr 2060 – je nach Prognose – um 73% bis 86% steigen. Allerdings sagen die Altersstruktur und die sich daraus ergebende demografische Abhängigkeitsquote alleine wenig über den in einer Gesellschaft bestehenden Transferbedarf und seine Finanzierung aus. Selbst bei pessimistischer Bevölkerungsprognose und unter der (vorsichtigen) Standard-Annahme der EU-Kommission bezüglich der zukünftigen Erwerbstätigenquoten steigt im gleichen Zeitraum die letztlich viel wichtigere ökonomische Abhängigkeitsquote – gemessen als Quotient der Bezieher und Bezieherinnen von Renten und Arbeitslosenleistungen an der Zahl der Erwerbstätigen – „nur“ um 51%.

Zugrunde gelegt sind dieser Berechnung die LFS Daten, in denen allerdings die Zahl der Erwerbstä-

tigen über- und die Zahl der Erwerbslosen unterschätzt wird. Letztlich geht es aber darum, ob Personen durch Erwerbstätigkeit in einem relevanten Ausmaß in die Primärverteilung eingebunden sind und davon ihren Lebensunterhalt bestreiten und durch ihre Steuern und Beiträge die Finanzierung der Sozialtransfers sichern können, oder aber auf Einkommensersatzleistungen aus den sozialen Sicherungssystemen wegen Beschäftigungslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit oder Alter angewiesen sind. Und zwar grundsätzlich unabhängig von der konkreten Ausgestaltung des jeweiligen Systems. Das Ausmaß der Wochenarbeitsstunden spielt hierbei nur insofern eine Rolle, als es ein Indiz für ein „relevantes“ Ausmaß an Erwerbsintegration darstellt. Ausschließliche Minijobber und Minijobberinnen werden deshalb in dieser Logik nicht als erwerbstätig erfasst.²¹ Das führt vor allem bei den Frauen – nachdem fast zwei Drittel der ausschließlichen Minijobs auf sie entfallen – zu einer starken Verminderung der Erwerbstätigenquote im Basisjahr 2013 von 69% auf 58%. Zum anderen wird die Einordnung als beschäftigungslos – auf Basis der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“ – stärker am ökonomischen Status orientiert und damit weiter gefasst als nach dem LFS. Die Zahl der Beschäftigungslosen lag 2013 um 75% höher als die Zahl der nach dem LFS als erwerbslos erfassten Personen.

Auf Basis dieser Datenabgrenzungen wird offensichtlich, dass beim 51%-Anstieg der ökonomischen Abhängigkeitsquote im „Standard-Szenario“ die Möglichkeiten, die in einer besseren Ausschöpfung der vorhandenen Beschäftigungspotenziale liegen, bei weitem nicht ausgeschöpft sind.

Wie mit den hier vorgelegten Berechnungen belegt wird, könnte der künftige Anstieg der ökonomi-

²⁰ 2013 dient als Ausgangsjahr für die Langfristprojektionen des Ageing Report 2015 (EU-Kommission 2015), auf denen die Berechnungen in diesem Report aufbauen.

²¹ Weitere – deutlich kleinere – Gruppen wie Ein-Euro-Jobberinnen und -Jobber und Selbständige mit ALGII-Bezug blieben bei der Datenanpassung unberücksichtigt.

schen Abhängigkeitsquote bei Orientierung an den aktuellen Erwerbsquoten in Schweden gegenüber dem „Standard-Szenario“ (51%) auf 10 bis 18% – je nach Bevölkerungsentwicklung – reduziert werden (Abbildung 8). Das heißt, dass der erwartete Anstieg dieser Quote bei einer besseren Erwerbsintegration auf etwa ein Drittel oder – auf Basis aktueller, optimistischerer Demografieannahmen – sogar auf ein Fünftel reduziert werden könnte im Vergleich zu jenen Werten, die den gängigen Langfristprojektionen zugrunde gelegt sind.

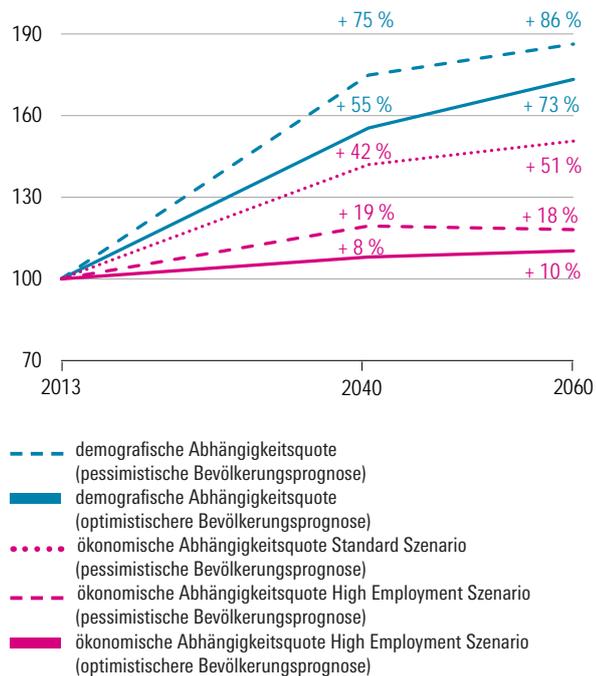
Mit einer aktiven Wachstums- und Beschäftigungspolitik, die auf Komponenten der Finanz-, Lohn- und Sozialpolitik beruht, kann auch in Deutschland der „schwedische Weg“ einer möglichst guten Erwerbsintegration beschritten werden. Als Basis einer solchen Politik kann die Studie von Krebs und Schefel (2017) zu den gegenwärtigen Defiziten in den Bereichen Bildung, öffentliche Infrastruktur und Wohnungsbau herangezogen werden. Deren Konzept sollte allerdings erweitert werden um höhere Lohnsteigerungen, eine Stärkung der Verwaltung, deutlich mehr öffentlichen Wohnungsbau und höhere Ausgaben für Rente und Pflege. Bei einer solchen Gesamtstrategie sollten die Wachstums- und Beschäftigungseffekte mit einer Reduzierung des Leistungsbilanzüberschusses einhergehen. Mit deutlichen Anstrengungen, insbesondere im Bildungsbereich, würde das Fundament gelegt für höhere Erwerbstätigenquoten und stärkere Produktivitätszuwächse. Wichtig ist, dass letztere möglichst vielen Personen über höhere Einkommenssteigerungen zu Gute kommen. Es besteht sonst die Gefahr, dass zwar die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft weiter wächst, aber zu wenig zur fairen Lastenverteilung der demografischen Entwicklung beigetragen wird.

Die Szenarien-Rechnungen machen offenkundig, dass der Arbeitsmarkt die zentrale Stellschraube für eine erfolgreiche Bewältigung des demografischen Wandels ist. Bestimmend für den zukünftigen Finanzierungsbedarf für Renten und Leistungen bei Arbeitslosigkeit sind letztlich zwei Faktoren: Die Entwicklung der Zahl der Rentner und Rentnerinnen und Beschäftigungslosen in Relation zur Zahl der Erwerbstätigen (ökonomische Abhängigkeitsquote) und die – hier nicht näher untersuchte – Entwicklung der Leistungsniveaus relativ zu den Erwerbseinkommen.

Höhere Erwerbstätigenquoten auf Basis hochwertiger Arbeitsplätze würden den zukünftigen Anstieg der ökonomischen Abhängigkeitsquote ganz erheblich eindämmen. Der demografisch bedingte Ausgabenanstieg könnte damit in hohem Maß reduziert

Demografische versus ökonomische Abhängigkeitsquoten

Veränderung 2040 bzw. 2060 gegenüber 2013



Quellen: Eurostat 2018a; The 2015 Ageing Report (EK); Sonderauswertungen der Bundesagentur für Arbeit (2017); eigene Berechnungen.



werden ohne die Leistungsniveaus schmälern zu müssen und ohne das gesetzliche Rentenalter weiter nach oben zu verschieben. Darüber hinaus würde eine auf bessere Nutzung vorhandener Erwerbspotenziale abzielende Strategie dazu beitragen, auch andere zentrale Herausforderungen zu bewältigen (Ausbildungsdefizite, mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Familie, schlechte Arbeitsmarktintegration von Ausländern und Ausländerinnen, Fehlen altersgerechter Arbeitsplätze, etc.).

Der möglichst weitreichende Abbau bestehender Defizite bei der Erwerbsintegration erweist sich damit als Erfolg versprechende Strategie für eine sozial und ökonomisch sinnvolle Bewältigung des demografischen Wandels. Zu hoffen ist, dass diese Strategie als zentrale Stellschraube zur Bewältigung des demografischen Wandels erkannt und umgesetzt wird.

LITERATUR

Alle IMK-Publikationen finden Sie auch online unter:

http://www.boeckler.de/imk_2733.htm

Daten/statistisches Material

Bundesagentur für Arbeit (2017a): Arbeitsmarkt in Deutschland - Zeitreihen bis 2016. Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berichte: Analyse Arbeitsmarkt, Zeitreihen, Juli 2017.

Bundesagentur für Arbeit (2017b): Leistungen zur Eingliederung an erwerbsfähige Hilfebedürftige: Einsatz von Arbeitsgelegenheiten 2016.

Bundesagentur für Arbeit (2018): Tabellen, Strukturen der Grundsicherung SGB II (Zeitreihe Monats- und Jahreszahlen ab 2005).

Destatis (2017): Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial im Jahr 2016: 5,4 Millionen Menschen wollen (mehr) Arbeit, Pressemitteilung vom 28. September 2017 – 339/17. https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2017/09/PD17_339_132pdf.pdf?__blob=publicationFile; aufgerufen am 10.04.2018.

Eurostat (2018a): Bevölkerung am 1. Januar nach Alter, Geschlecht und Art der Vorausberechnung. http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=proj_15npms&lang=de; aufgerufen am 10.04.2018

Eurostat (2018b): EU labour force survey – methodology. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/EU_labour_force_survey_-_methodology; aufgerufen am 10.04.2018

Eurostat (2018c): LFS main indicators (lfsi). http://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/en/lfsi_esms.htm; aufgerufen am 10.04.2018.

Eurostat (2018d): Wichtigste Konzepte. <http://ec.europa.eu/eurostat/de/web/lfs/methodology/main-concepts>; aufgerufen am 10.04.2018

Hartmann, M. / Bergdolt, R. (2010): Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Grundsicherung für Arbeitsuchende: Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher: Begriff, Messung, Struktur. Nürnberg.

Wissenschaftliche Literatur

Brenke, K. / Zimmermann, K. (2011): Ältere auf den Arbeitsmarkt. IZA Standpunkte 43.

Brussig, M. (2018): Verlängerte Erwerbsbiografien: Triebkräfte, Grenzen, soziale Ungleichheiten. WSI-Mitteilungen, H. 1, S. 12-19.

Eichhorst, W. / Tobsch V. (2013): Has Atypical Work Become Typical in Germany?: Country Case Studies on Labour Market Segmentation. SOEPpapers 596.

EU-Kommission (2008): Meeting social needs in an ageing society. Demography Report. ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=2638&langId=en; aufgerufen am 09.04.2018.

EU-Kommission (2010): EU launches public debate on the future of pensions, 07.07.2010. <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=839&furtherNews=yes>; aufgerufen am 09.04.2018.

EU-Kommission (2012): An Agenda for Adequate, Safe and Sustainable Pensions. White Paper. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0055:FIN:EN:PDF>; aufgerufen am 09.04.2018.

EU-Kommission (2014): The 2015 Ageing Report, Underlying Assumptions and Projection Methodologies. In: European Economy 8/2014. http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2014/pdf/ee8_en.pdf; aufgerufen am 10.04.2018.

EU-Kommission (2015): Economic and budgetary projections for the 28 EU Member States (2013-2060). The 2015 Ageing Report. European Economy Nr. 3. http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2015/pdf/ee3_en.pdf; aufgerufen am 09.04.2018.

EU-Kommission (2017): The 2018 Ageing Report – Underlying Assumptions and Projection Methodologies, Institutional Paper 065, November 2017. https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/ip065_en.pdf; aufgerufen am 11.04.2018.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2011): Stellungnahme zum Thema „Die Zukunft des europäischen Arbeitsmarkts – auf der Suche nach einer wirksamen Reaktion auf die demographische Entwicklung“. SOC/400 – CESE 1171/2011 (13.07.2011).

Europäisches Parlament (2011): Bericht über das Grünbuch mit dem Titel „Angemessene, nachhaltige und sichere Pensions- und Rentensysteme. Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, 03.02.2011. <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2011-0025+0+DOC+XML+Vo//DE#title6>; aufgerufen am 09.04.2018.

Fuchs, J. (2002): Erwerbspersonenpotenzial und stille Reserve – Konzeption und Berechnungsweise. IAB-Kompodium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 250, S. 79-94.

Fuchs, J. (2017): Einführung und Resümee. In: Möller, J. / Walwei U. (Hrsg.), Arbeitsmarkt kompakt. Analysen, Daten, Fakten, IAB-Bibliothek, 363, Bertelsmann, Bielefeld, S. 22-23.

Hobler, D. / Klenner, C. / Pfahl, S. / Sopp, P. / Wagner, A. (2017): Wer leistet unbezahlte Arbeit? Hausarbeit, Kindererziehung und Pflege im Geschlechtervergleich. WSI Report Nr. 35.

Höhne, J. (2016): Migrantinnen und Migranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt. In: WiSta Sonderheft Arbeitsmarkt und Migration 2016, S. 24-40.

Jansen A. (2017): Arbeitsmarktanalyse: Ältere auf dem Arbeitsmarkt – Entwicklungen der letzten Jahre, in: Soziale Sicherheit, H. 12, S. 461-468.

Konle-Seidl, R. (2017): Erwerbsbeteiligung im internationalen Vergleich. In: Möller, J. / Walwei U. (Hrsg.), Arbeitsmarkt kompakt. Analysen, Daten, Fakten, IAB-Bibliothek, 363, Bertelsmann, Bielefeld, S. 32-34.

Krebs, T. / Scheffel, M. (2017): Öffentliche Investitionen und inklusives Wachstum in Deutschland. Studie erstellt im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/NW_Oeffentliche_Investitionen_und_inklusive_Wachstum.pdf; aufgerufen am 09.04.2018.

Müller, K. / Neumann, M. / Wrohlich, K. (2015): Familienarbeitszeit: mehr Arbeitszeit für Mütter, mehr Familienzeit für Väter. In: DIW-Wochenbericht Nr. 46, S. 1095-1103.

OECD (2015b): Integration von Zuwanderern: Indikatoren 2015, OECD Publishing, Paris.

LITERATUR

Alle IMK-Publikationen finden Sie auch online unter:

http://www.boeckler.de/imk_2733.htm

Pöttsch, O. (2016): (Un-)Sicherheiten der Bevölkerungsvorausberechnungen, Rückblick auf die koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen für Deutschland zwischen 1998 und 2015. In: WiSta, H. 4, S. 36-53.

Rengers, M. (2015): Unterbeschäftigung, Überbeschäftigung und Wunscharbeitszeiten in Deutschland. In: WiSta, H. 6, S. 22-42.

Schreiber, S. (2015): Erwerbstätigkeit in Deutschland im europäischen Vergleich. IMK Report Nr. 103.

Walwei, U. (2018): Trends in der Beschäftigung Älterer. Rahmenbedingungen für betriebliche Personalpolitik. In: WSI-Mitteilungen H. 1, S. 3-11.

Wanger, S. (2015): Frauen und Männer am Arbeitsmarkt: Traditionelle Erwerbs- und Arbeitszeitmuster sind nach wie vor verbreitet. IAB-Kurzbericht Nr. 4.

Wanger, S. (2017): Frauenerwerbstätigkeit. In: Möller, J. / Walwei U. (Hrsg.), Arbeitsmarkt kompakt. Analysen, Daten, Fakten, IAB-Bibliothek, 363, Bertelsmann, Bielefeld, S. 27-29.

Wöss, J. / Türk, E. (2011): Dependency ratios and demographic change. The labour market as a key element. ETUI Policy Brief Nr. 4. <https://www.etui.org/Publications2/Policy-Briefs/European-Economic-Employment-and-Social-Policy/Dependency-ratios-and-demographic-change-The-labour-market-as-a-key-element>; aufgerufen am 11.04.2018.

Wöss J. / Türk E. (2014): Demografie und Sozialstaat. Arbeitsmarkt hat zentrale Bedeutung. In: Wirtschaft und Gesellschaft, Heft 3, S. 429-443. https://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/Demographie_und_Sozialstaat_-_WuG_3-2014.pdf; aufgerufen am 11.04.2018.

Abgeschlossen am 17. April 2018

IMPRESSUM

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)
der Hans-Böckler-Stiftung

Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Telefon (02 11) 77 78-31 2, Telefax (02 11) 77 78-26 6

imk-report@boeckler.de
<http://www.imk-boeckler.de>

Redaktionsleitung: Sven Schreiber
Pressekontakt: Rainer Jung, (02 11) 77 78-15 0

ISSN 1861-3683

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise –
nur mit Quellenangabe zulässig.

Autorenschaft

Erik Türk, Florian Blank, Camille Logeay, Josef Wöss, Rudolf Zwiener